

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckige Beilage oder deren Raum 250 Btg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Btg. Reklamen 1000 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Montag, den 23. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Nach Annahme des von uns bereits besprochenen Reichsbankgesetzes stimmte das Plenum dem Nachtragsetat für 1921, der hauptsächlich die Erhöhung der Beamtenbezüge enthält, zu. Die Parteien hatten sich vorher in einer Besprechung im Reichsfinanzministerium geeinigt, den Nachtragsetat ohne weiteres zu bewilligen, damit die Auszahlung der Mehrbeträge für die Beamtenbeschäftigung schnellstens erfolgen kann. Auch die Deutsche Volkspartei sagte in dieser Beziehung die Beteiligung an der Einheitsfront von Hies bis Hergt zu. Was aber machte die Partei der Unzufriedenheit, als es hieß, entsprechend zu handeln? Sie beantragte im Plenum lediglich aus Agitationsgründen, die Teuerungszulagen und Kinderzulagen ab 1. Januar zu erhöhen, trotzdem sie wusste, daß die Regierung nach der Bewilligung des Nachtragsetats 1921 bereit war, neue Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen über die Neuregelung der Grundgehälter zu führen. Selbstverständlich mußten die Kommunisten, die gerade unter ihren heutigen Parteiverhältnissen großes Bedürfnis nach agitatorischem Ausmaß besaßen, auch wieder einen Sonderbeitrag aufzuführen, den der Reichstag mit allgemeinem Lachen quittierte. Unter Ablehnung der kommunistischen wie deutsch-volksparteilichen Agitationsentwürfe wurde die Vorlage in dritter Lesung unverändert angenommen.

Präsident Lobe gibt dann Mitteilung von der soeben eingelaufenen Nachricht, daß Papst Benedikt XV. entschlafen ist. Er widmet dem Toten, der für das Allgemeinwohl gewirkt habe, einen Nachruf, den das Plenum lebhaft anhört.

Hierauf kommt die deutsch-nationale Interpellation über die Wirtschaftslage in Ostpreußen, die von dem Grafen Kanitz begründet wird, zur Beratung. Kanitz verlangt, von der Regierung zu hören, welche Schritte zur Besserung der Wirtschaftslage Ostpreußens, vor allem auf dem Wege des Frachtaustausches geplant seien. Im Auftrage der Regierung betonte Staatssekretär Stieler, daß das Reich kein Mittel unverzogen lassen wolle, um dem abgeschwächten Ostpreußen sein schweres Schicksal zu erleichtern, speziell sei die Regelung des Verkehrs durch den Korridor fortgesetzt Gegenstand erster Sorge der Reichsregierung. Staffeltarife seien mit Rücksicht auf Ostpreußen eingeführt, und es komme für die polnische Strecke auch nur die deutsche Berechnung in Frage. Auch nach der neuen Tarifierhöhung vom 1. Februar seien bedeutende Abschläge für weite Entfernungen vorgezogen. Trotz aller, von den Polen gemachten Schwierigkeiten werde die Reichsregierung versuchen, ihr möglichstes zu tun, um einen geordneten Verkehr aufrechtzuerhalten. Wegen der von den Polen beschlagnahmten Waren schweben Verhandlungen.

Genosse Jäcker-Ostpreußen rechnet mit den Deutschnationalen in kürzeren Ausführungen entschieden ab. Gerade die Deutschnationalen, die heute von der Not Ostpreußens reden, seien diejenigen, die die Not herbeigeführt haben. Besonders bekräftigte Jäcker das Nationalgefühl der Sozialdemokratie Ostpreußens, die immer betonten werde, daß sie deutsch fühlt und beim Reiche bleiben will.

Staatssekretär Kirchheim stellt fest, daß für den Ausbau des maritimen Kanals unter den augenblicklichen Verhältnissen 350 Millionen erforderlich seien. Der Kanal soll zur Kraftgewinnung benutzt werden, um ihn wirtschaftlicher zu machen, da die bisherigen Vorteile den enormen Aufwendungen kaum entsprechen. Schon in den nächsten Wochen glaubt man, mit dem Ostpreußen-Werk wegen Herstellung von 7-8 Kraftwerken in Verbindung treten zu können.

Gegen 7 Uhr abends verläßt sich das Haus auf Montag mittag 1 Uhr.

Eine Friedensrede Lloyd Georges

London, 21. Januar.

Von einer 5000köpfigen Zuhörerschaft kirchlich begrüßt, hielt Lloyd George heute auf der National Liberalen Konferenz in der Central Hall in Westminster seine mit Spannung erwartete große Rede.

Er drückte zuerst seine Befriedigung über die Schaffung einer künftigen Republik mit Zustimmung des Volkes aus. Sie habe zweifellos zur Stärkung des Ansehens Großbritanniens in der gesamten Welt beigetragen. Um das Vertrauen wiederherzustellen, müsse man

einen wirklichen Frieden

in der ganzen Welt schaffen. Dies sei die Aufgabe, der sich alle Regierungen gegenüberstellen müssen.

Lloyd George fuhr fort: Welches ist die Lage der Welt? Wir haben einen erschütternden und verwirrenden Krieg hinter uns, der Handel der ganzen Welt befindet sich in einer schlimmeren Lage als je. In unserem Lande sind

zwei Millionen Erwerbslose,

in den Vereinigten Staaten noch viel mehr. Warum? In der Welt besteht größeres Bedürfnis nach unseren Waren als je zuvor, jedoch weniger Nachfrage. Nicht, daß die Welt den Reichtum nicht erzeugen kann, der sie in den Stand setzen würde, diese Waren zu bezahlen, wenn Kredite erhältlich wären, aber Kredit ist unmöglich ohne Vertrauen und Stabilität. Das Problem, dem Großbritannien und die ganze Welt sich gegenübergestellt habe, könne in einem zusammengefaßt werden:

Wiederherstellung des internationalen Vertrauens.

(Beifall.) Vertrauen in Großbritannien, Vertrauen in andere Länder, jedoch vor allem Vertrauen jedes Landes in alle anderen Länder, internationales Vertrauen ist die Grundlage des internationalen Handels. Wir sind ein Land, das vor allem vom internationalen Handel abhängt. Die elektrischen Ströme des Handels müssen in der erschütterten Atmosphäre der Welt notwendigerweise unregelmäßig und schwach sein. Ohne Vertrauen kann Kredit nicht aufgebaut werden, ohne Kredit kein Handel und ohne Handel kein Unterhalt für unser Volk. Unsere Lasten werden unerträglich werden und

Bankrott wird der Welt ins Angesicht starren, wenn nicht eine Aktion ergriffen wird, und zwar eine internationale Aktion, nicht nur die Aktion eines Landes, sondern die aller Länder. (Beifall.) Wie kann Vertrauen geschaffen werden? Der Friede muß auf einer festen Grundlage guten Einvernehmens unter allen Völkern

gegründet sein. Dies ist die erste Bedingung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in der Welt. Wenn man ein allgemeines Einvernehmen unter den Nationen herbeiführen will, so erfordert das größte Geduld, denn es besteht viel Mißtrauen und Argwohn; es gibt Leute, die denken, sie hätten es durch einen Federstrich tun können, wenn sie vor zwei oder drei Jahren

in Versailles

gewesen wären. Die Leute, die so denken, haben sicher nicht die ausländische Presse gelesen, weder damals noch heute, sonst würden sie von ihrem Wahne geküßt sein. Es kann jedoch ein Fortschritt nur allmählich durch Geduld und Tätigkeit gemacht werden, nicht durch Hebereugung, sondern indem die Ueberzeugung und das Interesse aller Völker beachtet werden. Die Washingtoner Konferenz ist ein bedeutender Beweis gewesen, ein Beispiel, dem man folgen muß. Vier Fünftel der Schwierigkeiten sind auf Argwohn in der Welt zurückzuführen. Die meisten Streitigkeiten entstehen durch Argwohn, der beseitigt wird durch einen vernünftigen Meinungsaustausch. Das ist in Washington erreicht worden, und viel mehr ist noch zu erwarten. Nichts hat soviel dazu beigetragen, um ein gutes Einvernehmen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien herbeizuführen. Der Friede der Welt kommt in höherem Maße von dieser Grundlage ab. Bei den europäischen Ländern hat man es mit atemberaubenden Verwicklungen zu tun. Es besteht alter Haß, alte Rivalität, alte Fehde, alter Argwohn und altes Mißtrauen.

Zur Frage der deutschen Reparationen

erklärte Lloyd George, er gehöre nicht zu denjenigen, die der Ansicht seien, daß Deutschland die Zahlung dieser Summe erlassen werden müsse. Deutschland habe den Schaden mitwütig angerichtet. Frankreich quäle sich unter sehr schweren Lasten, um diese Schäden wiederherzustellen, besaßen die Polen, Italien und die anderen Länder, Deutschland sollte bezahlen (ought to pay) und

Deutschland müsse bezahlen.

Deutschland leide wie jedes andere Land unter dem großen Zusammenbruch des internationalen Handels. An zweiter Stelle nach Großbritannien hänge Deutschland mehr vom internationalen Handel ab, als jedes andere Land. Deutschland aber leide nur zeitweilig. Mit dieser Frage könnten sich die Sachverständigen befassen. Tatsächlich seien die Sachverständigen auch, bevor die Konferenz von Cannes auseinandertrat, zu einer Vereinbarung gelangt, die seiner Ansicht nach befriedigend sei, und die keines Schadens für Deutschland annehmbar wäre („Germany ought to have accepted“). Wir haben uns vorläufig darüber geeinigt, und ich hoffe, daß etwas derartiges auch später geschehen wird, wenn keine Torheit dazwischen kommt. Es ist jedoch eine Frage, die erwohnen und auf eine feste Grundlage gestellt werden muß, damit England genau weiß, woran es ist. Verzug ist gefährlich, und je eher diese Frage geregelt würde, um so besser wäre es.

Das Beileid des Reichspräsidenten.

Berlin, 23. Januar.

Reichspräsident Ebert richtete gestern anlässlich des Hinscheidens des Papstes an den apostolischen Nuntius Pacelli in München folgendes Telegramm:

„Tief erschüttert durch das Hinscheiden Seiner Heiligkeit des Papstes spreche ich Ew. Exzellenz namens des Deutschen Reiches meine aufrichtige Teilnahme aus. Das deutsche Volk gedenkt in Dankbarkeit der großen Lebendigkeit des Papstes während des Weltkrieges und in der Folgezeit, sowie seiner unermüdeten Bestrebungen für den Wiederaufbau der Welt im Sinne der Völkerverständigung und christlichen Liebe.“

Bez.: Ebert, Reichspräsident.

Das furchtbare Elend im russischen Hungergebiet.

Frankfurt, 23. Januar.

Der Leiter der schwedischen Hilfsmission im russischen Hungergebiet, Generalkontak Ekstrand, hat aus Samara an den Staatsminister Fränkling folgendes Telegramm geschickt:

„Die furchtbaren Leiden der hiesigen Bevölkerung zwingen mich, an die Regierung und an das Volk von Schweden einen flammenden Aufruf zur weiteren Hilfe zu richten. Im Hungergebiet gibt es Bezirke, wo sich die Bevölkerung in einem solchen Elend befindet, daß sie zum Wahnsinn gebracht wird. Man hat schon Leichen gegessen, und jetzt beginnt man damit, Menschen zu töten, um sie aufzujessen.“

Fragwürdigkeiten.

Die todesmutigen Monarchisten.

Zum 18. Januar, dem Gründungstag der wilhelminischen Herrlichkeit, gedachte die Presse der Reaktion trauernd der verschwundenen Zeit ihrer absoluten Diktatur. Dem volksparteilichen Berliner „Tag“ passieren da allerlei Bergeschicklichkeiten, da im Ueberchwang seines Pathos nur sein Maul, bezw. seine Feder, nicht aber sein Gehirn funktioniert, das er doch auch, wenn auch knapp dosiert, besitzen wird. Er fühlt sich wieder ganz als Erbspäcker des Nationalgefühls und mutiger Verteidiger der gottgewollten Abhängigkeit von der Monarchie. Er schreibt in seiner Polemik gegen Crispian, den er den „Mann mit Papageier und Papuadentvermögen“ nennt, wegen seines Bekenntnisses zum Internationalismus:

Ein monarchistischer Deutscher konnte nie so sprechen. Für ihn waren Volk und Fürst und Vaterland eine Schicksalsgemeinschaft, eine Blutgemeinschaft, ja eine einzige gewaltige Persönlichkeit. Der Staat ist kein Ding, sondern etwas Lebendiges. Dafür haben die Beamten des Alten Reich sich sieben Jahre ohne Gewalt durchgehungen, damit er derweil den Staat auf den Schlachtfeldern durchziehen konnte. Und so bachten die Kleinen und Kleinsten. „Wir sind Bauern von geringem Gut — Und dienen unserem gnädigsten Kurfürsten mit Gut und Blut“ stand in rührender Unbeholfenheit gelistet auf der Fahne, mit der die Märker zur Schwedenmacht auf die Eidbeische zogen. Noch raucht das in unseren Herzen. Nachts nach, ihr Republikaner, wenn ihr's könnt.

Und weiter über die Einheit der Republik:

Nichts da! Die Einheit heißt Kaiser und Reich. Dafür, dafür ging man leuchtenden Auges in den Tod.

Die Ehre und Wirt und Rathenau mögen sich umsehen, wieviel Männer in Deutschland freudig ihr Leben für sie hinwürfen. Oder für ihre Republik.

Wir dürfen nun fragen, wo sind die vielen, die für ihren geliebten Wilhelm und die Monarchie starben, als der große Schwäger nach Holland verduftete? Ist das Gut und Blut, das sie ihn opferten, nicht hübsch in ihren Taschen und Adern geblieben? Flohen sie nicht auf rotbemalten Autos, auf Geleitzugriesen der Volksbeauftragten verließen, auf ihre nächsten Güter und ließen Wilhelm Wilhelm sein, flohen sie nicht, mit blauen Brillen und falschen Bärten wohlversehen, so schnell die Luft sie tragen wollte, nach Schweden, verflohen sie sich nicht in alle Mäuselöcher, die sie fanden, rissen sie nicht schleunigst die Firmenpapiere „Mit Gott für König und Vaterland“ von ihren Häusern und Zeitungen, brüllten sie nicht wie sie „Deutschland, Deutschland über alles“ gebrüllt hatten und leider wieder brüllten dürfen? Wir stehen fest und trennen auf dem Boden der gegebenen Tatsachen und zu eurer Republik?

Wer auf der Rechten und wer von den gleichen Geistern beantwortet diese Fragen und die anderen wahrheitsgemäß: Starben nicht Hunderte und Tausende für die Republik? Starben nicht Hunderte und Tausende freudig in den Tod, um ihr Ideal zu retten, mag es selbst aus Mißverständnis geboren worden sein?

Könnten die nationalistischen Maulhelden Schamrot werden, sie würden es, doch an ihrer eisernen Stirn prallt alles ab. O ja, sie sind Monarchisten, Monarchisten um jeden Preis — den die Republikaner zu zahlen haben. Wir aber wollen nicht vergessen, nicht die Feigheit großmäuliger Monarchisten, nicht unsere Toten, die für eine bessere Zeit starben und der Verpflichtung eingedenk bleiben, die wir gegen sie und die Zukunft haben.

Arbeitsamt und Wirtschaftskonferenz.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beauftragte Albert Thomas dem Obersten Rat folgende Mitteilung zu machen:

1. Das Arbeitsamt ist bereit, mit aller ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und ihr seine Erfahrungen und seine Erhebungen über Arbeiter- und Industriefragen zur Verfügung zu stellen. 2. Der Verwaltungsrat beschließt, um der Konferenz in Genua die wirksamste Hilfe zu bieten, daß zwei Vertreter der drei Gruppen des Verwaltungsrates, also der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sowie der Direktor des Arbeitsamtes sich zum Zwecke vollster Mitarbeit der Konferenz zur Verfügung stellen.

Dieser Beschluß geht, wie die Resolution des Verwaltungsrates näher ausführt, auf eine von der Internationalen Arbeitskonferenz 1921 angenommene Entschließung zurück, wonach eine Konferenz zum Studium der internationalen Lösung der Arbeitslosenfrage einberufen werden sollte. Da die Konferenz von Genua zum größten Teil denselben Zielen dient und der wirtschaftliche Wiederaufbau, den sie anstrebt, die Arbeitslosenfrage eingreift, hielt der Verwaltungsrat ein Zusammengehen mit der Konferenz für angezeigt.

Die Steuerfrage.

Berlin, 22. Januar.

Die Beratung über die Steuerfragen, die sich äußerst schwierig gestalten, geben, wie es in derartigen Fällen immer geschieht, bürgerlichen Sensationsjournalisten zu den verschiedensten Falschmeldungen Anlaß. Man liest, daß der Reichspräsident Ebert die Führer der Sozialdemokratie zu sich gebeten hat, um auf sie einzuwirken, man hört, daß die Verhandlungen äußerst günstig stehen und schließlich, daß ein Kompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie wieder einmal als abgeschlossen gelten kann. Nichts von alledem ist zutreffend. Bisher hat der Reichspräsident in die Verhandlungen nicht eingegriffen, ist die Situation nicht günstig, und auch von einem Abschluß eines Kompromisses kann keine Rede sein. Man scheint sich in Zentrumskreisen der Hoffnung hinzugeben, daß die Sozialdemokratie allein aus außenpolitischen Gründen nachgeben wird und wieder einmal das Hauptopfer bringt. Gewiß finden innerhalb unserer Fraktion außenpolitische Momente weitgehende Berücksichtigung, aber man irrt, wenn man annimmt, daß die Sozialdemokratie auch diesmal das Hauptopfer durch die Umstände gezwungen, tragen wird. Ein solches Opfer des Besizes bleibt die Forderung der Sozialdemokratie im Augenblick bestehen, und dieses Opfer sehen wir nicht in einer Verquickung des Reichsnotopfers mit den neuen Vermögenssteuern.

Die Situation ist äußerst ernst, und es sind schwere Kompensationen zu erwarten, wenn das Zentrum den Wünschen der Sozialdemokratie unter Berücksichtigung dessen, was wir bereit sind, in beschränktem Maße Verbrauchssteuern zu bewilligen, nicht weitgehend entgegenkommt. Aber auch, wenn zwischen den beiden Koalitionsparteien eine Einigung erzielt werden sollte, ist noch nicht abzusehen, wie die parlamentarische Mehrheit für die Steuerfrage zustande kommt. Leider verhalten sich die Unabhängigen bisher ablehnend, indirekte Steuern zu bewilligen. Auf der anderen Seite stehen die Volksparteier und die Demokraten, deren einziges Bestreben ist, die sozialdemokratischen Forderungen ganz und gar unmöglich zu machen. Hinzukommt, daß sowohl die Volkspartei wie die Demokraten selbst das Zugeständnis, die Änderungen des Steuerauslasses an der Regierungsvorlage rückgängig zu machen, und diese, soweit die Einkünfte in Betracht kommen, in altem Maße bestehen zu lassen, mit dem Verlangen nach Eintritt in die Regierung verbinden werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besitzt keine Lust, mit der Partei der Unzuverlässigkeit, der Volkspartei, eine „große Koalition“ zu bilden. Erst am Sonnabend hat die Partei Streleemann bewiesen, wie unzuverlässig sie ist. Desgleichen haben die Pressekommentare gewisser volksparteilicher Blätter über die Steuerfrage und über das Problem der Monarchie, das durch den Zentrumsparietag in diesen Tagen wieder angeschnitten wurde, gezeigt, daß geradezu außenpolitische Momente eine Absage an die Volkspartei betreffend ihren Eintritt in die Regierung notwendig machen.

Wie man also über den Berg hinwegkommen soll, steht heute noch dahin. Es ist anzunehmen, daß auch der Dienstag keine Einigung bringt, und so der Reichskanzler nicht in der Lage sein wird, die angekündigte große Rede als Einleitung zu der politischen Debatte zu halten. Am Montag nachmittag tritt die Fraktion der Sozialdemokratie zusammen, um über den Verlauf der bisherigen Besprechungen zu beraten. Anschließend soll auf Wunsch des Reichskanzlers eine Besprechung zwischen den Koalitionsparteien sowie Volkspartei und Demokraten stattfinden. Zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch im Laufe der Nacht vom Montag zum Dienstag Stellung nehmen.

Wirtschaftsaufbau und Reparation.

Während der zweiten Rede Poincares am Donnerstag ereignete sich ein bemerkenswerter Zwischenfall.

Poincare hatte mit aller Deutlichkeit und Schärfe den Grundsatz aufgestellt, daß Deutschland eine Revision des Friedensvertrages nicht verlangen dürfe, auch nicht auf Umwegen. Briand, der in diesen letzten Worten mit Recht eine Anspielung auf die von ihm mitbeschlossene Konferenz von Genua erblickte, erwiderte, daß die in Cannes beschlossene Tagesordnung für Genua lediglich die Erörterung wirtschaftlicher und finanzieller Fragen, nicht aber politischer Fragen zulasse.

Der Sitzungsbericht fährt dann fort:

Der sozialistische Abg. Blum rief: Es ist sicher, daß Deutschland die Frage stellen wird!

Poincare antwortet: Sie haben vollkommen recht, denn ohne dies würde ihm die Konferenz von Genua zu nichts dienen.

Der Abg. Blum präzisiert das, was er vorher gesagt hat, indem er hinzufügte: Wir sind der Ansicht, daß das Reparationsproblem von dem allgemeinen Problem der Wiederaufrichtung Europas abhängt.

Der Abg. Herriot ruft demselben und zahlreiche Abgeordnete stimmen ihm zu: Nein! Nein!

Der Abg. Blum erwidert: Aber das ist doch der Gedanke, der die Konferenz von Genua inspiriert hat. (Beifall links.)

Genosse Leon Blum hatte mit seinem ersten Zwischenruf schon in der Frage Poincares gegen Briand unterstützt. Um aber nicht mißverstanden zu werden, brachte er sogleich ergänzend zum Ausdruck, daß er und seine sozialistischen Freunde diese Verquickung der Reparationsfrage mit den Wiederaufbauproblemen wünschen. Unverständlich aber ist es, wenn ein Mann wie Herriot, der als Führer einer Partei gilt, die die Politik der rücksichtslosen Gewalt und der Selbstheilung vertritt, und deshalb ihren Eintritt in die Regierung Poincare abgelehnt hat, die Unvermeidlichkeit, ja Notwendigkeit dieser Verquickung bestreiten kann. Er hat diese Auffassung in der Erklärung, die er am Schluß der Sitzung namens der radikalen Fraktion abgegeben hat, nochmals ausführlich wiederholt und mit Argumenten begründet, die seinem politischen und volkswirtschaftlichen Standpunkt nicht zur Ehre gereichen. Das „S. L.“ knüpft an diese Haltung die Bemerkung: „Es ist immer gut, wenn die Masten fallen.“ Wir glauben, daß dieses Urteil viel zu weit geht. Herriot ist sicherlich kein Heuchler, aber ist eben noch nicht soweit, die selbstverständlichen Dinge der Welt zu begreifen.

Andererseits scheint er auch nicht die Möglichkeit ausgegüht zu haben, diese Dinge zu verstehen. Im Sommer

vorigen Jahres wollte Herriot auf der Rückreise von Kopenhagen nach Paris mehrere Tage in Berlin. Es ist uns nicht bekannt, daß er auch nur mit einer einzigen Persönlichkeit in Deutschland gesprochen habe, die ihn über die Ansichten und Absichten des neuen Deutschland hätte unterrichten können. Es ist uns dagegen bekannt, daß er solche Unterhaltungen ausdrücklich abgelehnt hat. Danach darf man sich nicht wundern, wenn die bürgerliche Linke in Frankreich sich noch immer gegen Erkenntnisse sträubt, die schon seit Jahren von den englischen Linksliberalen freimütig verkündet werden und in der gestrigen Rede von Asquith neuerdings zum Ausdruck gebracht worden sind.

Wie dem auch sei, wird die Konferenz von Genua, wenn sie nach dem Wunsche Poincares und Herriots verläuft und eine Erörterung der Reparationsfragen ängstlich vermeidet, zu einem der interessantesten Gesellschaftsspiele der Weltgeschichte werden. Wie sie aber dann nach dem Wiederaufbau Europas dienen soll, ist uns nicht sehr klar.

Neuregelung der Ortszuschläge.

Berlin, 20. Januar.

Nachdem die letzte Regelung der Beamtengehälter sowie der Ortsklasseneinteilung weitest Krelle der Beamtenerschaft keineswegs befriedigt hat, trübt man sich jetzt mit dem Gedanken einer abermaligen Umgestaltung der Beamtenbezüge. Der Plan geht dahin, unter Beibehaltung der jetzt bestehenden Grundgehälter und Ortsklassen, die Zahl der Stufen innerhalb der einzelnen Ortsklassen von sieben auf drei herabzusetzen, und die Zuschläge so zu gestalten, daß sie sich beispielsweise für die Ortsklasse A zwischen 9000 und 12000 Mark bewegen. Durch diese Neuregelung der Ortszuschläge, die eine wesentliche Besserstellung der unteren und mittleren Beamten bedeuten würde, hofft man zugleich dem Wunsch dieser Beamtengruppen auf Verzinsung der Spannungen zwischen ihren Gehältern und denen der höheren Beamten Rechnung zu tragen.

Berlin, 20. Januar.

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde die Beratung des Gesetzentwurfes über die Beamtenverteilung heute fortgesetzt. Zur Debatte stand St. der das Wahlrecht allen mindestens 20 Jahre alten Beamten zurüchrt, während die Abgeordneten Schmidt (Dem.) und Steinfort (Soz.) beantragten, es allen mindestens 18 Jahre alten Beamten zuzuerkennen. Die Abstimmung wurde noch ausgesetzt.

Furcht vor einer Einigung.

Die Kommunisten der „Roten Fahne“ bemuttern die USB. in einer Weise, die einfach häßlich ist. Die USB-Führer werden allerdings genau so vermöhelt, wie alle andere, die nicht KP D-Führer sind und keine Heldentaten wie den Märzputsch aufzuweisen haben. Die USB-Arbeiter dagegen werden oemohnt und oemahrt, nur ja auf ihre Grundzüge zu achten, als ob es die kommunistischen Grundzüge der Zentralleitung seien. Die edlen Schmämer für die „Einheitsfront“ haben große Furcht vor einer Annäherung der USB. an die SPD., weshalb sie alles daransetzen, diese zu konterreiren. Obwohl sachlich ziemlich belanglos, ist es doch nicht uninteressant, zu sehen, wie sich die „Rote Fahne“ um die Anhänger einer Partei bemüht, der sie nachher, daß bei deren Politik Grundzüge und Praxis in unerbittlichen Widerspruch zu einander stehen.

Der Hakenkreuz-Staatssekretär.

Das „S. L.“ veröffentlicht einen Brief des früheren Reichsjustizministers Dr. Blum an den Reichspostminister Giesberts vom 7. September 1921. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß der im Reichspostministerium tätige Staatssekretär B. im Hamburger D-Bing am 6. Juli 1921 arabe anti-jüdische Pöbeleien vom Stapel lassen hat. Als ein jüdischer Hamburger Kaufmann namens Alfred Beres in das Abteil stieg, in dem der Staatssekretär saß, sagte dieser provozierend zu seinem Sunagen: Höre, mein Sunage, wenn Ihr ankommen seid, kauft du dir am Strand sofort eine schwarz-weiß-rote Fahne mit einem Hakenkreuz und läßtst alle Juden tot.

Herr B. bemerkte darauf, daß es traurig sei, wenn ein Beamter der Republik sich in dieser Weise aufführe, worauf der Staatssekretär zu zwei in seiner Begleitung befindlichen Herren sagte: „Sehen Sie, der ichimpft schon.“ Ein deutliches Zeichen, daß es seine Absicht war, zu provozieren.

Soweit der Inhalt des Briefes. Auf diesen Brief hat der Reichspostminister Giesberts zunächst unter dem 24. September erwidert, daß der Staatssekretär B. zurzeit verreist sei. Nach seiner Rückkehr werde er die Sache zur Erledigung bringen. Seitdem erwidert Herr Giesberts auf die Sache nicht mehr zurückerkommen. Er muß daher öffentlich nach dem Stande der Angelegenheit gefragt werden.

Die Landtagswahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 23. Januar.

In Braunschweig fanden gestern die Wahlen zur Landesversammlung statt. In der Stadt Braunschweig haben die Reichsparteien 11 913 und die Unabhängigen 26 700, der bürgerliche Landeswahlverband 33 845, die Demokraten 7889 und die Kommunisten 4717 Stimmen erhalten.

Die Novelle zum Landessteuergesetz.

Größere Anteile für Länder und Gemeinden.

Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Dena“ geschrieben: Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zur Änderung des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 zugegangen. Die Einbringung der Novelle ist notwendig geworden, weil die bisherigen Bestimmungen des Landessteuergesetzes auf Grund der neuen Steuergesetze in mehreren Punkten abgeändert werden müssen. Bezüglich der Vermögenssteuer wird festgestellt, daß die Gemeinden zur Erhebung einer solchen nach den vom Reichstag zu erlassenden einheitlichen Bestimmungen verpflichtet sind. Das Landesrecht ist mit den Verfügungen des Reichstags in Einklang zu bringen, kann jedoch bestimmen, ob die Steuer vom Lande oder von den Gemeindevorständen erhoben und wie sie verteilt werden soll. Die Beteiligung der Länder und Gemeinden an dem

Aufkommen von Reichsteuern soll in dem Sinne neu geregelt werden, daß ihnen größere Anteile zugewiesen werden. So sollen ihnen aus den Erträgen der Körperschaftsteuer der Erwerbsteuern, die von 10 auf 30 Prozent erhöht wird, zwei Drittel mit 2,66 Milliarden, also 1,98 Milliarden mehr als bisher zufließen. Infolge der Steigerung und Erweiterung der Reichssteuer dürften ihnen in Zukunft 2,45 Milliarden, etwa 1,55 Milliarden mehr als bisher, zufließen. Nach den neuen Bestimmungen für die Kraftfahrzeugsteuer können die Länder ferner auf eine Einnahme von 62,5 Millionen rechnen. Auch aus der Kennwert- und Gewerbesteuersteuer werden die Länder beträchtliche Mehrerträge vereinnahmen. Im ganzen werden die Länder an den Reichsteuern für 1922 mit rund 22,5 Milliarden beteiligt sein.

Die vorliegende Steuernovelle will den Gemeinden noch in einer anderen Beziehung eine Erleichterung gewähren, indem sie die Landesgesetzgebung ermächtigt, die Anteile an der Einkommensteuer, die nach dem Reichsrecht ausschließlich auf die Sitzgemeinden entfallen, auf die beteiligten Sitz- und Belegenheitsgemeinden in angemessener Weise zu verteilen. Bisher sind alle Gemeinden, in denen das einzelne Unternehmen nur eine Betriebsstätte unterhält, von der Mitbeteiligung an der Einkommensteuer ausgeschlossen, was für die geschädigten Gemeinden natürlich sehr verdrößlich ist. Die weiteren in Aussicht genommenen Änderungen des Landessteuergesetzes betreffen ferner die Verteilungsvorschriften, nach denen den Ländern und Gemeinden die ihnen gebührenden Anteile vom Reiche zugewiesen werden. Daß die Abrechnung prompt und rechtzeitig erfolgt, ist die elementare Voraussetzung für die Erfüllung der Obliegenheiten seitens der Anteilsempfänger.

Wilder Eisenbahnerstreik in Dresden.

SPD. Berlin, 22. Januar.

Bei dem Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ging die telegraphische Mitteilung ein, daß am Sonntag mittag 12 Uhr eine Anzahl Dresdener Eisenbahner den Betrieb eingestellt hat. Als Grund wird das demagogische Treiben unerantwortlicher Personen angegeben. Die in Berlin zu einer Konferenz versammelten Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter haben sofort zu der Sachlage Stellung genommen. Der Vorstand faßte einstimmig den Beschluß, der auch die Billigung sämtlicher Bezirksleiter fand, jede Verantwortung für den Streik und seine Unterstützung abzulehnen. Er warnt außerdem dringend alle Verbandsmitglieder, sich dieser wilden Bewegung anzuschließen. Die in den Ausstand getretenen Mitglieder werden ersucht, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Wie uns weiter ein eigener Drahtbericht aus Dresden meldet, ersuchte die dortige Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes die Streikbewegung beizulegen. Vor allem erwartet man in Dresden einen Vertreter des Hauptvorstandes, der angeblich die Beendigung des Streiks wesentlich zu fördern vermag.

Die Lage im Eisenbahnerstreik.

Dresden, 23. Januar.

Die Lage im Eisenbahnerstreik hat sich zugepiht. Es sind bereits Einigungsverhandlungen von Streikenden vorgenommen worden. Der Präsident der Eisenbahndirektion hat einen Erlaß veröffentlicht, nach dem die Streikenden aufgefordert werden, bis Montag mittag 2 Uhr ihren Dienst wieder anzutreten, andernfalls sie entlassen sind. Gegen die unüberwindlichen Anstellungen wird im Wege des Disziplinarverfahrens vorgegangen werden. Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ weiter melden, hat Wirtschaftsminister Felli eine von der Generaldirektion angeregte Einleitung der Technischen Nothilfe angelehnt. Nach hier vorliegenden Nachrichten ist die Lage in absehbarer Zeit voraussichtlich noch ruhig. Die für heute vormittag bevorstehenden Beschlüsse lassen aber ein weiteres Umsichgreifen des Streiks als nicht ausgeschlossen erscheinen.

Die bayerischen Bauern und die Revolution.

Aus dem Norden Deutschlands und den Industriebezirken wissen wir, daß die Novemberrevolution von 1918 von den Arbeitern und Soldaten durchgeführt wurde, während das Bürgertum und die Bauern der Umwälzung, wenn nicht feindlich, so doch unentschlossen und überrascht, teils sogar völlig verständnislos und tatenlos gegenüberstanden. Im 144. Stück der hochangeesehenen „Münchener volkswirtschaftlichen Studien“ (Herausgeber: Brentano-Loh-Weber, Verlag Cotta, Stuttgart) heißt: „Die bayerische Bauernräte. Eine soziologische und historische Untersuchung über bäuerliche Politik.“ Von Dr. Wilhelm Mattes“ (210 Seiten, Preis 24 Mk.) wird nun gezeigt, daß dies bei den bayerischen Bauern etwas anders war.

Der Verfasser zeigt uns, daß die bayerischen Kleinbauern, besonders im Süden, in den letzten Kriegsjahren nichts weniger als patriotisch gesinnt waren. Das hatte mancherlei Gründe. Sie hatten, da sie ihrer geistigen Befähigung nach nur als Frontkämpfer, nicht für die Schreibstuben der Etappe und die Spezialwaffen aller Art, nicht für die vielerlei sonstigen Dienstleistungen zu verwenden waren, die meisten Blutopfer zu bringen. Mit der Verlängerung des Krieges verlor die Truppe ihre Einigkeit und Zuversicht. Es entstand Gegensatz zwischen einzelnen Truppengattungen, zwischen Front und Etappe, zwischen Front und Stäben, zwischen Mannschaft und Offizieren. Die Anforderungen an die Truppen steigerten sich; die Lebensverhältnisse, Verpflegung und Unterkunft wurden immer ungünstiger. Es entstand Erbitterung und Unzufriedenheit. Die Verteilung der Lasten des Krieges wurde als äußerst ungerecht empfunden. Die bäuerlichen Feldsoldaten lernten zum ersten Male aus unmittelbarer Erfahrung die Schattenseiten einer Gesellschaftsordnung kennen, in der ständische Faktoren, Besitz und Verbindung oft mehr als Leistung über den Erfolg des einzelnen entscheiden. Sie sahen keinen gerechten Ausgleich zwischen Opfer und Lohn, sie wurden unzufriedener und kriegsmüder, je länger der Krieg dauerte und je mehr diese ungünstigen Erscheinungen sich ausprägten. Zu den Entbehrungen und Gefahren der Frontkämpfer

famelt die Sorgen um Familie und heimatischen Betrieb. Durch die militärischen Einberufungen waren den bäuerlichen Betrieben ein Teil der Betriebsleiter und der Arbeitskräfte entzogen worden, ohne daß Ersatz möglich war. Aber die Arbeitsaufgaben blieben dieselben. Die Bäuerin mußte die Feldarbeiten leisten, um die sie sich im Frieden nicht gekümmert, denn die Urlaubsgelüste blieben oft ohne Erfolg. Dazu kamen die Erschwerungen der Kriegszwangswirtschaft und die Ueberzeugung, von den Kriegsorganisations ungerecht behandelt, bedrückt und ausgenutzt zu werden sowie die Profitgier von Industrie und Handel, die von der Regierung nicht gehindert wurden. (Die Preise der Lebensmittel und damit auch das Einkommen der Bauern stiegen sich während des Krieges in Bayern bekanntlich in mäßigen Grenzen.)

Die Opposition der Bauern fand ihr Zentrum in dem kleinbäuerlichen demokratischen bayerischen Bauernbund (B. B.), dessen Führer Eisenberger und der ihm nahestehende bäuerliche Landtagsabgeordnete Gandorfer sich den von den Sozialdemokraten erhobenen Beschwerden und aufgestellten Forderungen oft angeschlossen. Gandorfer war es auch, der in einer, später von Kurt Eisner oft gerühmten Rede am 24. Juli 1918 den Kampf gegen die Kriegspolitik der Regierung aufnahm. Er behauptete darin, die Entente hätte schon 1915 ein Friedensangebot gemacht und schloß mit den Worten: „Das Volk will Frieden, und ich erkläre deshalb, daß wir Vaterlandspartei, Alldutsche oder sonst eine Partei, die den Krieg verlängern will, bekämpfen bis auf's äußerste. Einige Tage vorher hatte Gandorfer mit den Worten gesprochen: „Zum Begräbnis meines Antrages könnte noch ein andres Begräbnis hinzukommen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß bei diesem Begräbnis unsere Kämpfer an der Front und die Kriegsinvaliden als Totengräber wirken.“ Damit war der Gedanke des Umsturzes, wenn auch verhüllt, aus bäuerlichem Munde zum ersten Male ausgesprochen.

Die bäuerliche Bevölkerung hatte sich endlich gewöhnt, den ganzen Krieg als nur den oberen Klassen nutzbringenden „Schwindel“ anzusehen. Es ist verständlich, daß die bäuerliche Bevölkerung, sowohl im Felde wie in der Heimat, bei dieser Ansicht nicht bereit war, für eine verlorene und wertlos erachtete Sache irgendwelche Opfer zu bringen. Sie begrüßte in der Revolution ihre Waffenruhe bringende Wirkung. Nun würde der Mann wieder nach Hause kommen, um endlich seiner Frau die übermäßige Last der Wirtschaftsführung abnehmen zu können, nun würde auch die Heimat von der ihr durch den Zusammenbruch der österreichischen Front drohenden Gefahr, Kriegsschauplatz zu werden, befreit bleiben. Dieses letzte Moment war vor allen Dingen in Südbayern von hoher Bedeutung. Aber selbst in Nordbayern beeinflusste es die Haltung. In der in Hof erscheinenden Oberfränkischen Volkszeitung stand am 7. November 1918 folgende Aufforderung: „Volk der Bayern, wartest du noch, dein schönes Land ist in Gefahr. Sichere es, ehe es zu spät ist, fordere den sofortigen Frieden.“ Die bäuerliche Bevölkerung sah in Gedanken schon Hof und Land als Opfer des Artillerie- und Infanteriekampfes, und sie suchte, zum Teil aus eigener Erfahrung, zu gut, was dies für die Arbeitsstätte, und ahnte wohl auch, was dies für sie in einem zusammenbrechenden Staate bedeuten würde. Durch ihre Interessenlage wurde deshalb für sie der Wert einer friedensbringenden Revolution größer als für die Arbeitererschaft. Auch die Fabriken wären durch den Kampf zerstört worden, aber der Arbeiter wertete die Zerstörung seiner Arbeitsstätte nicht so stark wie der Bauer. Seine seelische und wirtschaftliche Bindung an den Arbeitsort ist geringer.

Am Nachmittage des 7. November war zu der großen Demonstrationsversammlung auf der Theresienwiese in München auch der niederbayerische Bauer Ludwig Gandorfer erschienen. Kurt Eisner forderte die Soldaten zur Tat auf, da nun der Worte genug gesprochen seien. Ludwig Gandorfer verkündete ihnen in seiner kurzen Ansprache die Sympathien der ober- und niederbayerischen Bauern mit dem, was nun in München vor sich gehen werde. Der Bauer werde die großen Städte nicht im Stich lassen. Auch er lehne sich nach Freiheit und warte auf den Alarm. Damit versprach er ihnen die geistige Zustimmung und die wirtschaftliche Unterstützung der Landbevölkerung zur kommenden Revolution.

So ging denn diese in Bayern mit Hilfe oder doch mit Zustimmung der Bauern vor sich. Wenn also in Zukunft nochmals jemand mit der blödsinnigen Dolschloßlegende krebzen will, so kann man ihm sagen: wenn es solche Dolchstöße gegeben hat, dann sind die bayerischen Bauern mit die ersten gewesen, die sie austeilten. Das dürfte den konservativen Herren, deren vergiftete Waffe dieser „Dolchstoß“ ist, einigermassen den Mund stopfen.

Der weitere Inhalt der Mattesschen Schrift, die einer Anregung des inzwischen verstorbenen Max Weber ihre Entstehung verdankt, behandelt dann die Geschichte der bayerischen Bauernräte bis zu ihrem Verschwinden. Sie ist hochinteressant für jeden, mag er sich für die allgemeine, mag er sich für die Spezialgeschichte der Revolution interessieren.

Klassenkampf und Diktatur.

Von Heinrich Ströbel.

Auf dem Leipziger Parteitag der Unabhängigen ist kein Vorzeilen zerfallen worden, aber man hat auch keinen Schritt vorwärts getan zur sozialistischen Wiedervereinigung. Daß ohne diese sozialistische Einigung die Herrschaft des Kapitalismus niemals zu brechen ist, hörte man in Leipzig auch mehr als einmal aus dem Munde der unabhängigen Redner, um so betrübender ist es, daß man nichts getan hat, um die unentbehrliche Voraussetzung für den Sieg des Proletariats zu schaffen. Man begnügte sich mit der Versicherung, daß die Einigung demnächst aus der großen politischen Aktion der deutschen Arbeiterklasse selbst hervorgehen werde. Diese Aktion sei aber zu führen im Zeichen des Klassenkampfes und habe sich zum Ziele zu setzen die Diktatur des Proletariats.

So sind wir in Leipzig wieder einmal mit hohlen Schlagworten abgeseift worden. Die Diktatur soll der Arbeiterklasse das Heil bringen. Wem klingt das nicht wie blutiger Jargon? Heute, wo das deutsche Proletariat die Alleinherrschaft in immer nebelhafterer Zukunft entzünden sieht, gerade Dank seiner Zerrissenheit und der Unfähigkeit seiner Führer, sich einseitig auf den Kampf für große begeisterte Ziele einzustellen. Im übrigen aber hat die Lösung der

„Diktatur“ nachgerade für alle verständigeren Arbeiter ihren Haaber verloren. Die vier Jahre bolschewistische Diktatur haben ja bewiesen, daß die Ausübung der Macht noch lange nicht genügt, die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen, sondern daß dazu organisatorische Fähigkeiten und eine technische und seelische Reife der Massen gehören, die nur durch viele Erfahrungen und ein allmähliches Hineinwachsen in die neuen Wirtschaftsformen und Gesellschaftszustände erworben werden können. Wie wenig einer noch ungerüsteten Arbeitererschaft die Diktatur nützt, beweist zudem die Herrschaft, die das deutsche Proletariat nach dem 9. November immerhin auf Wochen und Monate auszuüben vermochte.

Nur eine Form der proletarischen Herrschaft ist denkbar, die Machtausübung, die der Arbeiterklasse im demokratischen Staate als der ausgesprochenen Mehrheit zufällt und die sie mit demokratischen Mitteln auszuüben vermag. Und zwar nicht nur unter Beachtung der formalen Gesetzmäßigkeit, sondern auch mit jener Legitimität, die eine offenbare geistige und moralische Ueberlegenheit verleiht. Nur das wäre eine proletarische Herrschaft, die sich zu behaupten und die eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen vermöchte. Statt durch bolschewistische Methoden nur zu zerstören und im Chaos zu enden. Aber diese proletarische Herrschaft wäre alles andere als eine „Diktatur“. Das Gerede von einer Mehrheit, die auf Gewaltanwendung verzichten werde, vertritt nur einen erkaunlichen Mangel an Logik und eine ebenso große Unkenntnis des Wesens der Demokratie wie des Wesens der Diktatur.

Die Herrschaft der proletarischen Mehrheit und ihre Machtausübung zur Durchsetzung der sozialistischen Ziele ersehnt und erstrebt jeder Sozialist. Aber diesem Zustand der proletarischen Machtentfaltung, kommen wir dadurch um keinen Schritt näher, daß wir ihn fälschlich „Diktatur“ nennen und daß wir immerfort von dieser „Diktatur“ sprechen. Zur Volksmehrheit macht man den Sozialismus vielmehr dadurch, daß man die Richtigkeit seiner Bestrebungen durch Wort und Tat unwiderleglich nachweist.

Damit kommen wir zu dem andern Schlagwort der Unabhängigen, dem Klassenkampf. Darüber, daß sich, solange eine in Klassen gesplittene menschliche Gesellschaft existierte, alle soziale Entwicklung der Weltgeschichte in Klassenkämpfen vollzogen hat, gibt es unter den deutschen Sozialisten ebensowenig einen Streit, wie darüber, daß sich bis zur siegreichen Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsformen trotz aller Demokratie auch die soziale Betreibung der modernen Arbeiterklasse nach den Gesetzen des Klassenkampfes vollziehen muß. Oder um es einfach und deutlich zu sagen. Inhalt der ganzen sozialistischen Bewegung in der deutschen Republik hat der proletarische Klassenkampf zu sein. Den Angelpunkt unserer gesamten Werberarbeit hat der Nachweis zu bilden, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise unvereinbar ist, mit den materiellen und futurellen Bedürfnissen und Ansprüchen der breiten Volksmassen, die der lohnarbeitenden Klasse oder den ihr nahestehenden Berufs- und Interessenschichten angehören.

Hätte der Leipziger Parteitag so das Wesen des Klassenkampfes definiert, und seine Notwendigkeit begründet, so wäre ihm auch die Zustimmung der ungeheuren Mehrheit der sozialdemokratischen Partei sicher gewesen. Ueber das Prinzip des Klassenkampfes wäre dann nicht der geringste Streit entbrannt, und es wäre nur noch darauf angekommen, sich über die praktischsten und wirksamsten Formen des Klassenkampfes zu verständigen. Statt dessen zog es der Parteitag der Unabhängigen vor, dem proletarischen Klassenkampfe eine ganz enge und falsche Deutung zu geben. Der Klassenkampf, so behauptete man nämlich, beschränke den Sozialismus ein für allemal auf die Opposition, auf die negative Kritik, auf alle Fälle verbiete er die Teilnahme an einer Regierung, in der auch bürgerliche Parteien vertreten seien.

Wenn die Unabhängigen wenigstens noch die Konsequenzen aus dieser falschen Auslegung des Klassenkampfes ziehen und jede Mitverantwortung für eine solche Koalitionsregierung ablehnen wollten. Aber zu einer solchen Folgerichtigkeit wagten sie sich nicht aufzuschwingen: sie stützten nicht nur parlamentarisch die Regierung, sondern sie betrachteten es als ganz wünschenswert und selbstverständlich, daß wenigstens die SPD. sich an ihr beteiligte. Nur die USF. selbst scheute sich, eine offizielle und aktive Verantwortung auf sich zu laden, obwohl sie ja die parlamentarische Verantwortung auf sich nahm.

Zu verstehen ist diese Scheu der USF. vor der Teilnahme an einer Koalitionsregierung ja sehr leicht. Sie fürchtet dem kommunistischen Wortradikalismus gegenüber in eine unbequemere Situation zu kommen, wenn sie eine Politik des jeweilig Erreichbaren triebe und sich auf Kompromisse einließe. Als ob nicht eine starke, geschlossene Sozialdemokratie innerhalb einer Regierungskoalition eine viel stärkere Kraft bilden und weit günstigere Kompromisse erzwingen könnte, und als ob nicht jeder positive Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete zehnfach wertvoller sei, als die radikalsten Beschlüsse einer aus dem Regierungseinfluß ausgeschalteten Oppositionspartei, die obendrein ihre parlamentarische Macht nicht einmal rücksichtslos anzuwenden wagt, um die Koalitionsregierung zu stürzen.

Daß die Teilnahme an einer Regierungskoalition jede sozialistische Partei erheblichen Gefahren aussetzt, hat kürzlich auch Genosse Stampfer im „Vorwärts“ ganz offen zugegeben. Sie kann — wie übrigens auch schon der Parlamentarismus selbst — die Seuche des politischen Streber- und Kleberiums hervorrufen, die den persönlichen Führer interessieren, die Volks- und Parteiinteressen unterordnet. Sicherlich gibt es, wie es den schon von Marx gekennzeichneten parlamentarischen Kretinismus gibt, auch einen ministeriellen Kretinismus, der den Sozialismus unter Umständen arg korrumpieren und schädigen könnte. Aber diese Gefahren werden um so geringer, je größer die sozialistische Partei ist, die an der Regierung teilnimmt, je zahlreicher und differenzierter ihre geistigen Kräfte sind, je umfangreicher der Anwärterkreis auf Minister- und sonstige leitende Posten wird. Denn je größer die Konkurrenz und je leichter ein Wechsel in diesen Stellungen wird, desto weniger Geheimnisträumerei kann getrieben werden, desto schärfer wird die Kritik an den Regierungsmaßnahmen und den Handlungen der Minister sein.

Nicht die Koalitionspolitik an sich ist aber das Bedenkliche, sondern der Geist, aus dem heraus sie getrieben werden kann. Wie einem starken und einigen Sozialismus schon ein Zusammenregieren mit einer Deutschen Volkspartei überhaupt nicht zugemutet werden könnte, so würden ihm auch sonstige Zumutungen erspart bleiben, denen sich ein gesplittenes Proletariat ausgesetzt sieht. Der Kampf zwischen

den bürgerlichen Parteien und den von ihnen vertretenen kapitalistischen Interessen einerseits und den Sozialisten und den proletarischen Interessen andererseits wird natürlich in jeder Regierungskoalition ausgetragen werden müssen. Und selbstverständlich werden die bürgerlichen Minister alle Energie und alle Schlaueit aufbieten, um den Interessen der Besitzenden zum Siege zu verhelfen. Aber was könnte die sozialistischen Minister verhindern, den gleichen Erfolg für die von ihnen vertretenen Bevölkerungsschichten herauszuschlagen? Was, als etwa ein Mangel an Fähigkeit und Ueberzeugungstreue? Bestimmt denn aber ein Naturgesetz, daß sozialistische Minister Schwachköpfe oder Renegaten sein müssen? Liegt es nicht an der Partei selbst, tüchtige, politische und unbestechliche Vertreter der proletarischen Sache in die Regierung zu schicken? Ein Sozialismus aber, in dessen Wesen sich der proletarische Klassenkampf verkörpert, wird nimmermehr durch Teilnahme an einer Koalitionsregierung entnervt werden, vielmehr auch durch seine Minister eine Politik des Klassenkampfes treiben lassen.

Deshalb sollten die Unabhängigen endlich dem Wahne entsagen, daß der proletarische Klassenkampf irgend etwas Negatives sei, irgend eine Form der politischen Abstinenz, ein Verzicht auf irgendeine Art der Mitverwaltung der Regierung. Der proletarische Klassenkampf kann nur positiv sein, sich nur durch Forderungen und Handlungen durchsetzen. Ihm fällt die Aufgabe zu, die Volksmasse von der Gemeinwohllosigkeit des Kapitalismus zu überzeugen und von der Notwendigkeit und Ueberlegenheit sozialistischer Wirtschaftsführung. Dieser Nachweis darf sich nicht auf versteinerte Formeln und Schlagworte verlassen, sondern in den tausend Formen der wirtschaftlichen und politischen Praxis immer von neuem schlagend zu erbringen. Wenn die USF. es mit dem Klassenkampf ernster nimmt, als die SPD., soll sie das durch fruchtbarere Politik und positive Vorschläge auf dem Gebiete der Sozialpolitik, der Steuerpolitik, der Sozialisierung usw. erweisen. Gerade in dieser Praxis des wirklichen Klassenkampfes hat sie aber bisher verlagert. Erst wenn sie hier Besseres, Gründlicheres leistet, darf sie sich auf ihren Klassenkampfcharakter etwas zugute tun. Ueber gerade dann läge es sowohl in ihrem eigenen Interesse, wie in dem des deutschen Gesamtproletariats, ihren politischen Glanz und ihre Fähigkeiten durch ihre Beteiligung an der Regierung, sei es zunächst auch nur einer Koalitionsregierung, zur fruchtbarsten Auswirkung zu bringen.

Volkswirtschaft.

Die Kohlenförderung des Ruhrgebiets.

Im Dezember 1921 wurden im Ruhrbecken (einschl. der linksrheinischen Becken) 8 051 517 Tonnen Kohlen in 25 1/2 Arbeitstagen gefördert, gegen 7 772 658 Tonnen in 24 1/2 Arbeitstagen im November 1921 und 8 236 267 Tonnen in 25 1/2 Arbeitstagen im Dezember 1920. Die arbeitsmäßige Förderung stellte sich im Dezember 1921 auf 318 991, im November 1921 auf 320 522 Tonnen und im Dezember 1920 auf 326 169 Tonnen. Bei einem Vergleich der Zahlen ist zu beachten, daß im Dezember 1920 das Ueberhöchstenabkommen in Geltung war.

Für die einzelnen Jahresviertel von 1920 bis 1921 ergeben sich folgende Förderzahlen:

	1921	1920
1. Viertel	23 932 798 Tonnen	19 962 062 Tonnen
2. Viertel	22 602 942 Tonnen	21 058 457 Tonnen
3. Viertel	23 704 612 Tonnen	22 850 105 Tonnen
4. Viertel	23 874 528 Tonnen	24 285 156 Tonnen

Gesamjahresförd. 94 114 785 Tonnen 88 255 780 Tonnen

Für 1921 ergibt sich mithin im Vergleich zu 1920 bei fast gleicher Zahl der Arbeitstage (1920: 302 1/2; 1921: 302 1/2) eine Mehrförderung von 5 859 605 Tonnen. Zu beachten ist dabei, daß die Förderung des Jahres 1920 sich im ersten Viertel infolge des Kapp-Putzsches im März und zahlreicher Einzelstreiks in den Monaten Januar und Februar außerordentlich ungünstig gestaltet hat. Im Jahre 1920 war das Ueberhöchstenabkommen 10 Monate in Geltung, 1921 dagegen nur 2 1/2 Monate. Die Gesamtzahl der verfahrenen Ueber- und Nebenmengen stellte sich 1920 auf 16 028 977, 1921 auf 9 899 465. Im letzten Jahre vor dem Kriege (1913) betrug die Förderung des Ruhrbeckens 114,55 Millionen Tonnen, 1921 stellte sich die Förderung noch um 20,44 Millionen Tonnen niedriger.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		Berlin, 21. Januar.	
		21. Jan.	20. Jan.
Amsterdam	100 fl.	7242.75	7002.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1544.45	1540.95
Konstantinopel	100 Kr.	3106.85	3091.90
Kopenhagen	100 Kr.	3986.—	3956.—
Stockholm	100 Kr.	4985.—	4915.05
Helsingfors	100 finn. Mk.	367.60	366.60
Rom	100 Lire	871.60	855.10
London	1 £	842.65	831.65
New York	1 Doll.	199.80	197.05
Paris	100 Frs.	1623.35	1618.35
Zürich	100 Frs.	3596.10	3584.15
Madrid	100 Pesetas	2977.—	2947.05
Wien	100 K.	5.88	5.78
Budapest	100 K.	29.57	28.17
Prag	100 K.	345.15	338.15

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dauer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunfts-ort	Fahrtzeit
Zuge					
Angelommen am 21. Januar.					
D.		Urania	Simon	Stockholm	2
D.		Ceres	Andreas	Lübeck	2 1/2
Angelommen am 22. Januar.					
D.		Westfalen	Rajon	Kopenhagen	12
D.		Kong Viken	Bjerten	Bremen	1 1/2
D.		Winnä von	Albrecht	Guden	1 1/2
D.		Waldm	Wulff	Kopenhagen	2
D.		G. W. Gundrich	Ratton	n. See	4
D.		Sobotnic	Woronden	Petersburg	26

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. A. Weber; für Freiheit Lübeck und Neulichen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interieur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Reste und Abschnitte

fabelhaft billig auf den Auslagefischen

Reste

und Abschnitte
auch in grösseren Längen

**Stickereien
Spitzen und
Seidenbänder**

Reste

und Abschnitte
auch in grösseren Längen

**Woll-Stoffe
Waschstoffe
Wäschestoffe
Seidenstoffe**

Reste

und Abschnitte
auch in grösseren Längen

**Tüllgardinen
Wachstuche
Einzelne Stores**

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

Deutscher Holzarbeiter- Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.
(12213)

**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag, dem 24.
Januar, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom letz-
ten Straal.
2. Bericht vom Orts-
auschuss.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Zelle,

Haar, Nasse,
Seife, Seife, Seife
u. s. w. (12204)
kauft zu höchsten
Zagespreisen

Kaasfrankenthal

Lübeck, Beckergasse 53.
Kontobücher 8641.
Sonnabds. geöffn.
Bitte genau die
Adresse zu beachten.

Antike Möbel

als Sofas, Tische,
Stühle, Schränke,
Schränke usw.
kauft Douarad

Alwin Pump,
Dannewitzstraße 62.
Fernsprecher 1555. (12216)

Paul Levi:

Unser Weg.

Wiederholungs-
4 Markt

Buchhandlung
H. Meyer & Co.,
Johannesstraße 11.

Staunend billig
sind meine **Leder-Sohlen** im Aus-
schnitt.

Konkurrenzlos billig:

Gummi-Absätze * Gummi-Sohlen
erstklassige Marken.

REFORM

Leder- und Bedarfsartikel-Handlung
Stepperei

Nur 50 Huxstr. 50

Inhaber: Robert Jentzen. (12230a)

Sie können auf jede Reparaturstepperei warten.

Voranzeige.

Am 2. Februar 1922 (12210)

Groß. Mandolinen-Konzert

im „Kolosseum“.

Obster Kapellmeister-Hub von 1911.
Mitglieder des Deutschen-Mandoli-
nisten und Gitaristen-Bundes.

Zentralhallen.

Dienstag, den 24. (12221)

Großes Tanzfrühchen.

Die höchsten Tagespreise

für Lampen, Eisen, Knochen, Me-
talle, Papier, Felle, Haare usw.
erhalten Sie bei (12218)

S. Kramer, Lübeck 11.

Bavaria-Bock

Ausstoß am 24. Januar 1922

Bavaria-Brauerei, Altona — Niederlage Lübeck.

Vertreter: **Paul Jürß,** (12222)

Lindenstraße 60a.

Telephon Nr. 474.

Achtung,
Sparklubs!
Sparkassen-
Bücher

in übersichtlicher Auf-
machung vorrätig in der
Buchhandlung
H. Meyer & Co.,
Johannesstr. 11.

Glockengießerstr. 61

zahlt bei reeller Abnahme die höchsten Preise für:
sämtl. Metalle, Eisen, Lumpen
Flaschen, Felle, Haare, Papier usw.
(12214) **Erdmann.** Telephon 2751.

Wo verkaufen Sie am besten Ihr

**Kupfer, Messing, Blei, alles Eisen,
Lumpen, Papier, Flaschen usw.?**
Bei **Törper, Schwanenstr. 11.**
(12225) Telephon 1576.



Chor-
verein
Lübeck.

Mitgliedschaft des deut-
schen Arbeiter-Längerbund.

General- Versammlung

am Mittwoch, dem 25. Jan.
abends 8 Uhr,
bei Fr. Lender, Gundestr.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1921.
 2. Jahresbericht.
 3. Vorstandswahlen.
 4. Bericht des Maskenballkomitees.
 5. Bezirkskonferenz resp. Wahl der Delegierten.
 6. Innere Vereinsangelegenheit. (12228)
- Zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Mitesser

im Geschäft u. am
Körper befestigt u. sich u.
guterlösig Zucker's Patent-
Medizinal-Seife. Nach jedem
Wahungsm. Zucker-Creme
nachbehandeln. Krappante
Bilanz, von Läufern des
Hältig. In allen Apotheken,
Drogerien, Parfümerie- und
Friseurgeschäften erhältlich.
(12203)

Schirmreparatur
Neubaustr.
Ed. Teßmann
(12202) Hundestr. 43.

Deutscher Transportarbeiter- Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.
(12215)

Versammlung

der
Schmerleute

am Dienstag, dem 24. Januar

abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Wahlen.
 2. Das Löwen der Fischdampfer.
- Die Ortsverwaltung.

Hansatheater.

Heute (12220)

Montag, 7 1/2 Uhr:

Zum letzten Male
Das Fräulein vom Amt

Dienstag und Mittwoch
7 1/2 Uhr:

Der große Erfolg
Die spanische Nachtigall

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 25. Jan. 7 Uhr
Lohengrin.
25. Ab.-Vorst. 8 Uhr: G.
Donnerstag, 26. Jan. 7 1/2 Uhr
Wenn der junge Herr
blüht. (12221)
25. Ab.-Vorst. 8 Uhr: G.
Freitag, 27. Jan. 7 1/2 Uhr
Fingros Hochzeit.
25. Ab.-Vorst. 8 Uhr: G.

Freistaat Lübeck.

Montag, 23. Januar.

Sonder- oder Staatsinteressen? Zur Anschlussfrage.

Zu Schwartau erscheint unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein Kurierblatt gewöhnlicher Art, Nachrichten für das Zentrum in Lübeck benamset. Soweit der Stoff nicht aus einer Plattenfabrik bezogen wird, helfen hin und wieder politisierende Hanswürste mit, den örtlichen Teil belebt zu machen. Das steht denn auch danach aus. Ein Beispiel ungeheurer Verblöschung enthält die Nummer 9 dieses Blattes vom vorigen Freitag. Es wird darin gegen den Anschluß der Provinz an Lübeck mit einer paralytischen Kopflosigkeit gewettert, die es einem fast unmöglich macht, dagegen zu polemisieren. Wir würden es auch mit der heute im Sprechsaal erscheinenden Erwiderung genug sein lassen, wenn nicht die „Lübedischen Anzeigen“ dieses Produkt politischer Kreuzzüge aufgriffen hätten, um damit gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und die sozialistische Bürgerrechtsfraktion im besonderen loszugehen. Zur Erklärung des Ganzen druden wir den, dem üblichen Amtsblatt so gut in den deutschnationalen Futtertrog passenden Abschnitt ab:

„Das Fürstentum hat kein Vertrauen zu der Verwaltung dieses Staates, in welcher der politische Radikalismus regiert und, wie es scheint, in Zukunft noch mehr Einfluß gewinnt. Wir Provinzialer haben doch noch mehr vaterländisches Gefühl bewahrt als in Lübeck zur Geltung kommt. Wir verstehen es nicht, daß der vaterländische Teil der Lübecker Bevölkerung es ohne erheblichen Widerspruch hingenommen hat, daß das Denkmal Bismarcks von Schandbuben beschuldigt worden ist, das neue Denkmal Kaiser Wilhelm I. ins Museum wandern soll, daß der sozialdemokratische Redakteur Dr. Leber mit seinen allem vaterländischen Hohn sprechenden Entwürfen eine Mehrheit in der Bürgerschaft finden konnte. Wir würden uns schämen, einem Staat anzugehören, der sich im ganzen Reiche zum Gespött macht.“

Die „Lübedischen Anzeigen“ gehen nun nicht, wie es sich in dieser rein wirtschaftlichen und Zweckmäßigkeitsfrage gehört, dem Geschrei nach, sondern sie bringen es als Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck fertig, als erste der Lübecker Zeitungen die Anschlussfrage auf das politische Gebiet zu ziehen und politische Münze daraus zu werfen. Wie, das ist leicht zu erraten. Sie tuten in das gleiche Horn wie der „Kritikus“ am Wohnsitz der Schwadronneurin Wolf-Zieg, und unterstreichen in ihrem deutschnationalen Herzen noch die ordinären Beschimpfungen der sozialdemokratischen Partei. Fuchschlau, wie preukische Militärs einmal sind, werden zwar die Schwartauer „Argumente“ als abwegig bezeichnet, die Begründung dieser Abwegigkeit aber zeigt die enge Blutsverwandtschaft mit dem noblen Kritikus.

Die „Lübedischen Anzeigen“ messen dem Abschreckungsmittel zwar nur eine „scheinbare“ Berechtigung zu, doch betonen sie im gleichen Satz die „Schädlichkeit des radikalen Treibens der roten Mehrheit für das Ansehen Lübeds“. Sie wagen es wie der Schwartauer Schmierzint, Sozialdemokraten der Besudelung des Bismarckdenkmals zu zeihen, sie als Schandbuben zu bezeichnen und ihnen vaterländisches Gefühl abzusprechen. Sie geben sich zu Interpretieren autonomer Verleumdung her und heben die im Original nicht gesperrten Sätze noch besonders hervor. Zu welchem Zweck? Die „Lübedischen Anzeigen“ benutzen das obige „auf den ersten Blick überzeugend wirkende Argument“, um beweisen zu können, wie abschreckend das Wahlergebnis auf die „außerhalb Lübeds wohnenden Deutschen“ wirkt. Sie glauben nicht an eine Uebelst und an eine Einsicht der „vom Machtkittel befangenen roten Bürgerrechts-

mehrheit“, tröstet sich aber mit baldigen Neuwahlen. Die „Lübedischen Anzeigen“ sind sogar lammesgebildig und schon zufrieden, wenn anlässlich der Vereinigung mit der Provinz Neuwahlen stattfinden, die dann gewiß durch die hinzukommende Wählerschar der sozialdemokratischen Mehrheit in der Bürgerschaft das Genie brechen würde. Somit sei auch das, von den Gegnern der Vereinigungsgedankens sonst sehr geschickt erdachte Abschreckungsmittel irreführend.

Das sind echt Stavenhagensche Bocksprünge, „geschickt“ erdacht und trotzdem nur deutschmonarchistische Augenverblendung.

Diese Art Polemik zur Vereinigung zweier Länder in den Spalten eines Amtsblattes ist Lübeds Interessen gewiß nicht dienlich; sie ist kurzschichtig, nur vom einseitigen Parteistandpunkt aus gelenkt und zu allem hin noch unehrlich. Die „Lüb. Anz.“ behaupten heute, die Beziehungen der Provinz zu Oldenburg seien bloß dynastischer Art gewesen, und seien durch die Aenderung der Verhältnisse gelöst. Noch vor kurzem gaben sie vor — und es ist so — daß sie für Wiedereinsetzung der Monarchie kämpften. Würde dieser Wahn zur Gewissheit, dann wäre den Wilhelmianern in der Königstrage auch die Angliederungsfrage wurst. So sind nun einmal diese biederen Kämpen. Vollständig auf dem Holzwege ist das Blatt aber, wenn es sich einbildet, auf dem Umwege über die Angliederung der Provinz den „Machtkittel“ auf die Gegner der Republik übertragen zu können. Im Interesse der Anschlussbewegung wollen wir heute nicht näher auf diese Frage eingehen, wie wir es überhaupt bedauern, daß das Streitfeld durch die Blindheit der Gegenseite so weit verschoben wurde. Sollte es aber die Politiker vom Schlage des Amtsblattes gelüsten, auf dieser Bahn weiter zu reiten, dann werden wir den Gaul auch zu säumen wissen. Vorerst ist uns die Sache viel zu wichtig, als daß wir den Ochsenritt im Porzellanladen zum Schaden Lübeds mitmachen. Das überlassen wir den „Aufbauparteien.“

Gebet an die Gewalt.

Im Johanneum hatten die Alldeutschen am Freitag eine Zusammenkunft, bei der General Vikmann seine Getreuen mit neuem Geist erfüllte. Dieser Herr reist im In- und Auslande herum, um die Schuld der Militärs an der Verlagerung des Weltkrieges und dem Elend des deutschen Volkes abzumachen. Nebenbei bringt der Mann sein Handwerk in empfehlende Erinnerung. Er hielt in Südamerika große Reden und fand, wie natürlich, am Hort der deutschen Reaktionen im Ausland begeisterten Zuspruch. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß die deutschen Großkaufleute in Südamerika ihre gute Baluta zur Unterfütterung reaktionärer Bestrebungen in Deutschland ausnützen und die eigenen Landsleute dort hontottieren, falls sie eine andere Gefürung zu erkennen geben. Der Mann kam also nun der richtigen Stelle, als er die Lübecker Nationalisten und Vaterlandsparteiler begeisterte. Die „Lübecker Neuzeit“ hat sich nicht lange die Mühe, etwa wie das Amtsblatt, den Laus eines arbeitslosen Generals aufzuzeichnen. Sie geraten beim Anblick des hohen Herrn gleich in Verzückung und verfallen folgenden Hymnus an die Macht:

Gehet uns Führer! Zeigt uns Männer, denen wir folgen können. Männer, die den Weg zur Rettung wissen, Männer, die unerschrocken und mutig ihre Bahn schreiten, unbesümmert um Gefahren oder Mißfallen der zufällig an der Spitze Stehenden. Wer sagt, wir seien müßlos und feige? Gehet uns Führer! Laßt Leute aufstehen, die beschaffen sind, wie der Mann, der gestern abend in der dichtgedrückten Aula des Johanneums zu uns sprach, der es verstand, uns mitzureißen, der in Form einer Reisebeschreibung uns vaterländisches Empfinden lehrte, der schon begabene Gefühle zu neuem Leben aufweckte, der die Kunst versteht, in allen Herzen den Willen zur Einigung aller ohne Rücksicht auf politische Parteigehörigkeit zu wecken. Mut und Gottvertrauen und Selbstvertrauen und der feste Wille zum Sieg, sie vereint bringen uns den Sieg. Laßt Vikmänner allerorten auftreten und es wird sich herausstellen, daß die alten deutschen Tugenden nur scheinbar waren.

Huro, hurum und tschingdada! Wir sind gar nicht feige, wenn die Vikmänner, Lütke, Vorbed, Rapp und wie sie alle heißen, mit ihrem bewaffneten Troß aufmarschieren, uns vaterländisches Empfinden lehren und der roten Vaterlandsstiefe einbläuen. Wenn erst die Vikmänner allerorten aufzutreten, ermachen die alten deutschen Tugenden auch wieder bei dem schlafmütigen deutschen Bürger. Dann mag er wieder sein Freiheitslieb des Abends in der Schenke und die reaktionäre Presse kriegt doppelte Courage. Schade nur, daß ein ungeheurer Kostspiel, der produktlose Träger des Staates, diesem Segnen im Wege steht und — wenn der Traum in verbotenen Köpfen Gestalt annehmen sollte, ihn jämmerlich zunichte machen würde. Trost Mut und Gottvertrauen gewerksmäßiger Monarchisten- und Gewaltarbeiter.

Die Gefahr der kapitalistischen Presse.

In Verbindung mit einer kurzen Skizzierung der Schrift Upton Sinclair: „Der Sündenlohn“, in der die Korruption der öffentlichen Meinung durch den großkapitalistischen Presse-Trust Amerikas geographisch wird, schreibt die „Bergarbeiter-Zeitung“ unter anderem:

„Wir in Deutschland besitzen noch keinen Zeitungs-Trust von der gewaltigen Macht des amerikanischen. Aber schon sind die Anfänge einer solchen großkapitalistischen Meinungsfabrik deutlich erkennbar! Wir haben es bemerkt, als sich in zahlreichen Zeitungen verschiedener Parteilichattierungen die offenbar aus ein und derselben Quelle stammenden Abhandlungen und Notizen gegen die Sozialisierung vorfinden. Wir sehen die Meinungsfabrik eifrig am Werke in der Bekämpfung der Reichseisenbahnen zu dem Zweck, sie als „unrentabel“ zu miscredittieren und ihren Vahergang an das Privatkapital als „einzige Rettung“ zu empfehlen. Sogar Arbeiter- und Angestelltenverbände haben sich von diesem wohlorganisierten Pressefeldzug einfangen lassen. Bei dem Lohnkampf der Eisenbahner konnte man die Tätigkeit der kapitalistischen deutschen Pressevereinigungen ebenfalls beobachten. Wie wird es sein, wenn die Bergarbeiter genötigt werden, sich gegen die Verschlechterung ihrer Lage zu wehren? ... Unsere Verbandsfunktionäre beobachten immer mehr, daß in den Wohnungen der Arbeiter das „gutbürgerliche“ Lokalblatt zu finden ist, viel weniger eine Arbeiterzeitung, die unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen unterstützt. Das ist eine große Gefahr! Wer die kapitalistischen „gutbürgerlichen“ Blätter abonniert, der unterstützt indirekt und sogar direkt die gegen die Gewerkschaften arbeitende kapitalistische Meinungsfabrik. Die Arbeiterorganisation gerät in eine unheilvolle Lage, wenn der Kapitalismus die Gewerkschaft zum Kampfe für die Arbeiterinteressen herausfordert und nur in den meisten Wohnungen der Arbeiter eine Zeitung gelesen wird, die dem Kapitalismus dienlich ist.“

Was die „Bergarbeiter-Zeitung“ für ihren engeren Verbreitungsbezirk feststellt, trifft mehr oder weniger überall zu, wo die Arbeiterbewegung eine Macht geworden ist. Im Verhältnis zur Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wird das Arbeiterblatt noch immer viel zu wenig gelesen. Gerade heute, wo die Arbeiterpreise unter den wirtschaftlichen Nöten zu leiden hat; müßte die organisierte Arbeiterschaft es sich zur besonderen Aufgabe und Pflicht machen, das Arbeiterblatt tatkräftig zu unterstützen und für seine weiteste Verbreitung Sorge zu tragen.

Die Einwanderung nach Amerika. Die Vereinigten Staaten haben sich ein Einwanderungsschubkrach geschaffen, nach dem nur 3 Prozent der Bevölkerung ausländischer Nationen zugelassen werden. Aus einem Artikel des „Hamb. Korresp.“ ist zu entnehmen, daß die Gesamtzahl der Zugelassenen aus allen Ländern seit Inkrafttreten des Gesetzes bis zum Jahresende 1921 betrug. An neuen Einwanderern werden jetzt etwa 5000 pro Woche zugelassen. Die Zahl der bis zum Schluss des laufenden Jahresjahres (30. Juni) noch Zugelassenen beträgt 150.000. Bis heute sind die meisten Zugelassenen gekommen: aus Italien 36.000, aus Polen 25.000, aus Großbritannien 24.000, aus Rußland 11.000 und aus der Tschechoslowakei 10.500. Außerdem haben rund 10.000 Deutsche und je 5000 Rumänen und Ungarn Einlaß

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schäding.

Er schah das folgende Bild: Die gute Seele lief hochgeschürzt und hinter ein Reh lachend über die blumige Aue, der Herr ebenso ruhig hinter ihr drein, um sie zu erhaschen. Dann kam, wie sie mutwillig einen großen Bogen gespannt hatte; der Pfeil war mit den Widerhaken mitten in sein rotes Herz gedrungen, darüber stand:

Mit der Minne stral schüßet sie in,
Das wil sy han für einen gwinn.

„Wenn es solche Bogen noch gäb“, es wäre gefährlicher, einem Stitt zu nahe zu kommen, als im Mai in den Wald zu gehen, wenn die Gräser kriechen und die Bäume ausschlagen“, sagte Bernhard lachend. Dann schlug er das letzte Blatt auf; die Seele und der Herr waren jetzt alles Redens überdrüssig, sie drückte ihn an ihr Herz, und er hatte um das rote Samtgewand die Arme geschlungen:

Sie sind sy kommen über ain
Und wend nun alle ding han gemain.

„Nein, nein“, rief Katharina; sehen Sie erst dies, das ist Allerliebste! Sie schlug ein früheres Blatt auf; zwischen der mahnenden Seele und dem Herrn hing ein großer blaueschwarzer Vorhang mit goldbestickten Sternen darauf; zur Linken dahinter stand sie, er an der arden Seite:

Hier birgt er sich vor ir,
Das entzündet werd ihr begir.

„Ist das nicht hübsch? Wie sie traurig ist und klagt! Aber das ist auch bitter.“ — Sehen Sie, ja! Katharina sprach auf und schaute lachend hinter den Vorhang, der ihre Turnzimmer schloß. „Ich finde Sie schon wieder, Fräulein“, rief Bernhard; „hören Sie nur, was hier steht. O kommen Sie wieder, das ist gar zu.“ — Er trat an den Vorhang und schlug ihn zurück.

„Wo sind Sie, Fräulein? Fräulein?“
Das Stiftsfräulein war verschwunden.
Bernhard schaute in alle Ecken und öffnete leise ein paar Türen. Sie war nicht da. Er wartete, eine Viertelstunde, eine halbe — er mußte sich auf den Heimweg machen und konnte nicht begreifen, was dem Fräulein eingefallen sei. Wir können es auch nicht begreifen. Wer weiß alle die wunderbaren Regungen eines Frauengemüts zu deuten, das sich selbst nicht zu deuten weiß und in dem jedenfalls die Gedanken mehr als duftige Blüten, denn als gereifte Früchte aufspritzen?

Siehe wie Kapitel.

In dem Wohnzimmer zu Dienstadt, wo die beschriebenen Bilder hing, hatte der lange Jagdjunker Philipp sich halb

auf den geböhten Klapptisch gesetzt und ließ eines seiner Beine in vergnügter Stimmung hin und her haumeln, während das andere den Teil seines Körpers stützte, den der Tisch nicht trug. Der anmutige junge Mann war damit beschäftigt, seine Bale Josina zu reizen, die sanftmütig genug war, keinen seiner derben Scherze über sich zu deuten.

„Ach, wie mild es hübsch sein!“ sagte sie, ihre Filetarbeit forwärtend und sich in die Sofaecke zurücklehnd. „O kommen Sie, sehen Sie sich hierher; hören Sie nur, welches Leber das sein wird: immer abends, wenn Sie von der Jagd zurückkommen, finden Sie Ihr Zimmerchen voll der schönsten Blumen und Ihren Meeresschaum ganz blank und glänzend daneben; alle Pfeifen sind gestopft; wenn es kalt ist, dann hänge ich Ihren Schlack an den Ofen, das er ganz, ganz warm ist, wenn Sie kommen.“

„Und die Pantoffeln?“ sagte Philipp lachend.
„O, für die werd' ich auch schon sorgen. Die Zeitung lese ich Ihnen vor.“

„Wenn ich sie hören mag.“
„Ja und das alte Klavier lassen wir stimmen — o ich spiele so hübsch, wenn Sie's nur einmal anhören wollten.“

„Aber jeden Abend muß Juno ihren Pfannkuchen und ich Reisbrei haben!“

„Jeden Abend, Philipp!“
Sie sprach auf und umarmte ihn. „Wir wollen leben wie Bruder und Schwester zusammen!“

Philipp lachte in toller Freude, laut auf, drückte seine unerschütterliche Braut an sein Herz und tanzte mit ihr zweimal im Zimmer umher.

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür und beiden unerwartet — denn noch nicht die halbe Zeit seiner Nachmittagsruhe war verfloßen — trat der Hofrat ins Zimmer.

„Alle Teufel, welche Wirtschaft ist das! Ruhe da! Hier, leßt einmal!“

Der Freiherr von Ratterbach machte ein Gesicht, auf dem sich ein ungemessener Zorn spiegelte. Er warf ein Papier auf den Tisch. „Da, leßt einmal! Nein, nun wird's mir zu toll, meiner Seele! Ich, ein Wörter! Den Hals will ich dem Schuft umdrehen!“

Josina ordnete ihren etwas zerrütteten Anzug wieder und las das Papier. Es war die Justifikation der von Drielsch eingereichten Klage mit der Vorladung des Freiherrn von Ratterbach vor sein zuständiges Forum, um sich wegen des angeschuldigten Vorverfalls und Landfriedensbruchs zu verantworten, sub paena monu fortit vorgeführt zu werden.

Philipp und Josina fühlten einigen Schrecken bei den gefährlich lautenden Phrasen; aber Ratterbach, der mehr damit vertraut war, fühlte nur Irrtum gegen den Kläger.

Nachdem er ausgetobt hatte, setzte er sich in die Sofaecke und ließ eine Weile lärmend seine blauen Aunen rollen. Dann sprach er auf und sagte: „Nein, so soll's ihm nicht hinaus! Philipp, komm mal mit.“ — Er rief hinaus, Josina hörte sie darauf im Vorzimmer zusammen sprechen; endlich lachte Philipp,

wie er noch nie gelacht, und darn sah sie beide über den Hof in einen Speicher gehen. Nach einer Weile bemete sich erst Philipp, dann Ratterbachs Kopf an einer Dachlufe des Bodentraumes vorüber; später kamen sie wieder heraus und Philipp trug einen ausgepannten Sack, in dem irgendein umfangreiches Instrument stecken mußte, denn er war an einigen Stellen wie von inneren Reifen ausgepannt. Philipp ging damit auf sein Zimmer, holte Hammer, Nägel und eine Schale mit Öl dazu und schloß sich dann ab, worauf man ihn hämmern und raspseln hörte. Der Hofrat sagte, er wolle noch den Abend nach Düsseldorf abreisen, obwohl der in der Ladung anberaumte Termin erst nach vierzehn Tagen eintraf. Er machte sogleich Anstalten dazu, ließ zwei Pferde katzen und ein drittes für einen Reittrost, und als es dämmerte, ritten er, Philipp, der seinen Sack hinter sich hatte, und der Knecht zum Hofe hinaus.

Am Abend des zweiten Tages nachher sah Herr von Drielsch wieder allein der alten Margret gegenüber am Herdfeuer der Küche auf Bechenburg. Er hatte Bernhard, ihren Sohn, gebeten, seinem Johannes eine Lektion im Lateinischen zu geben; sie saßen oben auf seinem Zimmer. Die Domstiften hatte er hinaus geschickt und nachdem Lene, das Küchermädchen, einen neuen Bündel Reisig auf die Stamme gesetzt hatte, war auch sie fortgegangen. Margret hatte einen Haspel auf ihre Knie gestellt und wand Garn auf.

„Hör mal, Frau Fabelstein“, hub Herr von Drielsch leise an, „da ist dieser Morgen ein wunderliches Subjekt bei mir gewesen.“

„Unser Herrgott hat viele wunderliche Kostgänger“, sagte Margret.

„Ja, aber dieser war, befürcht' ich, jemand anders, als des Heben Herrgotts Kostgänger. Es war ein Schatzgräber.“

„So“, versetzte Margret ohne Teilnahme; „was wollte der hier?“

„Er sagte, er habe einen Schatz gefunden, hinter dem Busch am Telgenkamm.“

„Weshalb steht er ihn nicht?“

„Ja, das ist mir auch eingefallen, Margret; aber er sagt, er sei ein alter schwacher Mann, der allein nicht Kraft genug dazu habe; und wenn er's einem hier herum anvertraue, der stärker sei als er, laufe er Gefahr, daß der alles nehme und statt seines Parts ihm eine Tracht Prügel gebe. Und das ist auch wahr; alt und schmach schien mir der Mensch. Er wollte, ich soll' ihm helfen, weil er wisse, daß ein Kadaver nicht einen armen Scheim um das Seine bringen würde.“

„So?“ sagte Margret gedehnt; „und wollt' Ihr denn hin, Em. Gnaden?“

„Ja, Margret, das wollt' ich wohl, ein Schatz ist nicht alle Tage zu finden; aber des Nachts so allein — seht, Margret, Ihr mißt in allerlei; ich dachte, ob Ihr nicht auch ein Mittel hättet, bei Tage die Stelle zu finden; dann könnt' es ohne Gefahr abgehen.“

(Fortsetzung folgt.)

In ihrer Spitze wie in den mittleren und unteren Instanzen for-
berien. Eine entsprechende Resolution fand einmütige Zu-
stimmung.

Der Reichsabteilungsleiter begründete dann unsere Stell-
lungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über den Aufstundena-
t a gemeinlicher Verheer. Er mics auf den Washingtoner Be-
schluß hin, wo die Binnen-schiffer (und auch die Seeleute) als ge-
werbliche Arbeiter bezeichnet werden, für die der Achtsundentag
zu gelten hat. Die deutsche Regierung habe versprochen, diesen
Beschluß zu ratifizieren und diese bestoh die Binnen-schiffer, Fähr-
er und auch einen Teil des Wasserbau-personals nicht unter ein
Ausnahmengesetz stellen. Auch die Diskussionsredner forderten den
Achtstundentag für sich. Heber die Betriebsräte in der
Binnen-schiffahrt referierte Birk (Drisburg), der auf die
Schwierigkeit der Sache hinwies. Vor diesen Schwierigkeiten ka-
pituliert die Regierung, die sich aberstand erklärte, einen Ge-
setzentwurf auszuarbeiten. Damit ist die Pflicht der Organi-
sation übergegangen. Eine Kommission soll die Vorarbeiten
leisten.

Daß die Reichsabteilungsleitung im Sinne der Kollegen ge-
wirkt hat, bewies ihre einstimmige Wiederwahl. Zwischenburch
nahm der Verbandsvorsitzende, Kollege Schumann, Gelegenheit,
einige treffliche Ausführungen über den Verkehrsband zu machen.
Der Redner, der für sich in Anspruch nehmen darf, der erste Ver-
fechter dieser Idee gewesen zu sein, schürzte tief und erstielt stür-
mischen Beifall. Einem Antrag entsprechend, sollen seine Aus-
führungen zusammen mit denen seines Vorredners Rudolph, den
Funktionären im Sonderdruck zugehen. Mit einigen Dankeswor-
ten schloß Böring die Konferenz der Binnen-schiffer, Fährer und
des Wasserbau-personals, deren Reichsabteilung heute 25 000 Mit-
glieder zählt, gegen 21 000 im Vorjahre. Der Zuwachs ist vor
allem dem Wasserbau-personal zu danken.

Wfa-Bezirks-Konferenz. Am 15. Januar fand im Gewerkschafts-
haus zu Hamburg eine Konferenz der Wfa-Kartelle der
Provinz Schleswig-Holstein und der angrenzenden Gebiete statt.
die sich im wesentlichen mit der bezirkslichen Zusammenfassung dieser
Ortsartelle zu befassen hatte. Zunächst sprach Dr. Pfirrmann
über „Die nächsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik“. Von
einer Aussprache über dieses ausgezeichnete Referat wurde Ab-
stand genommen. Andrerseits von Wfa-Ortsartell behandelt
jedam in ausführlichen Darlegungen die Notwendigkeit eines
Zusammen-schlusses der Wfa-Ortsartelle in der Provinz Schles-
wig-Holstein und den angrenzenden Bezirken. Im Anschluß an
seine sachlichen Darlegungen wird der von ihm mit den in Ham-
burg anwesenden Vertretern der Wfa-Organisationen ausgearbei-
tete Sehungsentwurf zur Diskussion gestellt. Nach lebhafter De-
batte wurden die Sehungen mit unwesentlichen Änderungen an-
genommen. — Die darauf vorerommenen Wahlen des Bezirts-
aus-schlusses ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Bred-
ker (Wfa-Ortsartell Hamburg), 2. Vorsitzender: Weinertner
(Wertheimerwerber). Kassierer: Woitner (S. d. N.), Schrift-
führer: Gavelier (S. d. N.), Beisitzer: Sonnen-schmidt
(M. T. W.), Kreßke (Schiffsingenieur). Zu Referenten wurden
gewählt: Haut-Rühel und Drosch-Hamburg. — Am weite-
ren Verlauf der Tagung beschloß der Komar auf Antrag des
Kollegen Andrefsen, zur Anfrage des Reichswirtschaftsrates über
die Umgrenzuna des zuständigen Bezirks-wirtschaftsgebietes fol-
gendes zu empfehlen: „Der zukünftige Bezirks-wirtschaftsrat soll
umfassen die Gebiete Schleswig-Holstein, Lübeck und das Gebiet
der Unterelbe.“

Aus aller Welt.

Mordmord an einem Gutshäuser. Der Holzhändler Kuch-
bender aus Alsenheim ist das Opfer von Verbrechen geworden.
Kuchbender wurde am 23. Dezember von zwei Männern nach
Küster-Damrau im Kreise Ortelsburg geschickt, wo sie ihm ein
Grundstück verkaufen wollten. Nachdem sie in Ortelsburg ge-
meinsam ein Café besucht hatten, fuhren sie mit dem Wagen nach
Kuchbender und einen dann etwa 1 1/2 Kilometer nördlich in
einen Wald, wo sie ihn erschossen und erpürten und 60 000 Mark
in Tausendmark-scheinen raubten. Auf die Ermüdung der Täter
ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

131 000 Mark geraubt. Aus Preußen wird gemeldet:
Zwei Eisenbahnbeamte, die die Tageseinnahme von 131 000 Mk.
vom Güterboden nach der Stationskassie schafften, wurden von
vier Kriminellen angehalten, mit der Waffe bedroht und des Geldes
beraubt.

Auswärtige Feuerbrünste. In einem Güterkutschen in
Glasgow ist Feuer ausgebrochen. Das ganze Gebäude wurde
vernichtet. Fünf Menschenleben sind dabei umgekomen,
während der Materialschaden 250 000 Pfund Sterling be-
trägt. — Aus Bergen (Norwegen) wird gemeldet, daß eine
ganze Geschäftsstrage niedergebrannt ist. Das
Feuer entstand in einem Laden und dehnte sich infolge des starken
Windes weiter aus. Glücklicherweise diente sich später der Wind,
so daß es gelang, den Brand zu löschen.

15 000 Todesfälle durch Automobile. Nach Meldungen
der Chicagoer Wäcker ergibt die Verkehrsstatistik, daß im Jahre
1921 15 000 Menschen in den Vereinigten Staaten durch Auto-
mobile ums Leben gekommen sind. Die durch Automobile herbei-
gebrachten Todesfälle haben sich gegenüber dem Jahre 1920 um
4000 vermehrt.

Standalöse Zustände in der Fürsorgeanstalt Gotha. Aus
Weimar wird gemeldet: In der letzten Landtags-sitzung machte die
Regierung aufsehenerregende Mitteilungen über die Zustände, die
durch unvermutete staatliche Revisionen in der Fürsorge-an-
stalt des Bürgerlichen Vereins in Gotha aufgedeckt
worden sind. Die Anstalt ist mit etwa 300 Zöglingen besetzt und
steht unter der verantwortlichen Leitung des Oberhofpredi-
gers Scholz aus Gotha. Bei der Besichtigung machte die An-
stalt durchweg einen schmutzigen Eindruck. Die Schlaf-räume
waren im schmutzigsten Zustande und seit langer Zeit nicht ge-
lülftet. Auf dem zum Teil verfallenen und nicht überzogenen
Strohläden muß eine Anzahl Zöglinge nachts schlafen. In einem
Kranz-kammer befanden sich bei der Besichtigung bis an den
Rand mit menschlichen Extremitäten gefüllte Eimer, deren Inhalt
sich teilweise ins Zimmer ergossen hatte. In diesem mit bestial-
ischem Gestank erfüllten Zimmer lagen zwei kräftige junge
Leute nackt in eine einfache, wollene Kriegsdecke gehüllt, auf ur-
glaublich schmutzigen und nicht überzogenen Matratzen, von denen
die eine halb durchgebrochen war. Es ist unverständlich, warum
diese beiden Zöglinge abgesehen wurden, da die gesamte
Belegschaft kräftig krank war. Die Gefangenenabteilung
umfaßt zehn Einzelzellen, die ebenfalls schmutzig und ungelüftet
waren. Ein inhaftierter Zögling wurde während der Haft nur
früh und abends mit trockenem Brot und Wasser ernährt. Wäh-
rend der Besichtigung wurde er hinter dem Rücken der Kommission
freigelassen, offenbar in der Absicht, ein Zusammen-treffen mit ihm
zu vermeiden. In der Zelle befanden sich wieder mit Extremitäten
gefüllte Gefäße. Die Kleidung der Zöglinge war durchweg zer-
rumpelt. Als Holenträger diente Rindfäden, die durch Köcher
abgelesen wurden. Nur einer der Zöglinge besaß ein Stück Seife
und eine Haarbürste, auf deren Besitz er allerdings sehr stolz war.
Die Kulturarbeit der Zöglinge wird charakterisiert durch den aus-
schließlichen Gebrauch der sogenannten „Kunden-sprache“. Die we-
itere Aussprache über diese Zustände ist auf einige Tage vertagt
worden, da die bürgerlichen Abgeordneten zum größten Teil ab-
weil sind.

Eine selbst in Polen erhörte Geschichte berichtet der „Ge-
sellige“. Ein starkes Stück, doch an „Wildweib“ erinnert, passierte
bei Gersk (Polen). Dort verkaufte ein Verkäufer seinen Grund
und Boden an einen Amerikaner und bekommt amerikanische
Baten. Nachts fährt ein Auto vor, dessen Insassen hinarisch

Auf dem Wege zu neuen Zielen.

Von Paul Kampffmeyer.

Ich blättere in dem von Prof. Karl Bloch verfaßten
Auszug aus der alten, mittleren und neuen Geschichte und
stelle fest, daß der Geschichte der Wissenschaften im 10. Jahr-
hundert ganze 52 Zeilen und der weltumwälzenden wirt-
schaftlichen Entwicklung dieses Zeitabschnittes nur einige
dürftige Zeilen über bahnbrechende technische Erfindungen
gewidmet sind. Ich nehme die soeben erschienene Wueßling-
sche „Geschichte des deutschen Volkes“ vom Ausgang des acht-
zehnten Jahrhunderts*) zur Hand und konstatiere freudig
den Flügel-schlag eines neuen, die großen wirtschaftlichen und
sozialen Umwälzungen richtig verstehenden Geistes in der
Geschichtsschreibung. Schon die Kapitelüberschriften Dr.
Wueßlings fünden diesen neuen Geist: 1. Der Absolutismus. 2.
Städtetum und geistige Revolution. 3. Niederbruch und
Umbau. 4. Die erste Reaktionsperiode. 5. Beginn des gei-
stigen Realismus, Entwicklung der liberalen Verkefswirt-
schaft. 6. Revolution und feudaler Konstitutionalismus. 7.
Wiedergeburt des Ehrgeizes zur Macht. 8. Großbetrieb
und Proletariat. 9. Bismarcks Reich. 10. Herrschaft des
Intellektualismus. 11. Die Regierungen und öffentlich-
geistigen und sozialen Strömungen. 12. Innerstaatliche
Entwicklung nach der Reichsgründung. 13. Weltwirtschaft,
Weltmarktabhängigkeit, Finanzkapitalismus. 14. Auswärtige
Politik. 15. Der Weltkrieg. 16. Kampf um Demokratie
und geistige Erneuerung; der Friedensvertrag.

Dr. Wueßling ist kein „Marxist“, und seine polemischen
Aeußerungen über den Marxismus gehen nicht in die Tiefe,
aber der wirtschaftlich-evolutionistischen Tendenz der öko-
nomischen Geschichtsauffassung bringt er ein volles Verständ-
nis entgegen, und diese Tendenz lebt vollkräftig in seiner
Darstellung der historischen Entwicklung der kapitalistisch-
imperialistischen Zeitepoche. Unser Historiker räumt vorbe-
haltenlos ein, daß die materialistische Geschichtsauffassung durch
den energischen Hinweis auf die „Bedeutung der unbewußt
gesellschaftlichen Vorgänge und auf die Macht der Wirt-
schaftsformen und technischen Reifegrade in bezug auf soziale
und politische Struktur-ausprägungen und -veränderungen“
die Geschichtswissenschaft ungemein angeregt hat. Wueßling
sowohl als sein Lehrmeister Karl Lamprecht stehen unzwei-
felhaft stark unter dem Einfluß von Marx in der Wertung
des ökonomischen Moments für das Werden der historischen
Staats- und Gesellschaftsordnungen.

An der Schwelle der neuesten Zeit erhebt sich als ge-
schichtsbildendes Ereignis die „Bauernbefreiung“. Dr.
Wueßling schildert auch in seiner „Deutschen Geschichte“ pla-
zatisch die mit der „Bauernbefreiung“ beginnende große wirt-
schaftliche Umwälzung. Der Liberalismus erstarkt wirt-
schaftlich, aber politisch schafft er sich in der bürgerlichen Re-
volution der Jahre 1848 und 1849 keine seinem ökonomischen
Prinzip entsprechende politische Verfassung. Dr. Wueßling
verfällt nicht in das beliebte national-liberal-konservative
Professorengeschwätz von den unfähigen Schwarmgeiern der
Nationalversammlung, sondern er schätzt die viel bespöttelte
Schöpfung dieser Versammlung: die „Frankfurter Verfas-
sung“ sehr hoch ein und erklärt kurz und bündig: „Wäre das
Reich 1849 zustande gekommen, so hätte es ein einheitlicheres
und demokratischeres Gesicht bekommen als der Staatsbau
Bismarcks. Für die Richtigkeit des historischen Gefühls, der
besseren Erkenntnis der treibenden Kräfte durch die Männer
der Paulskirche sprach die folgende Entwicklung.“
Dr. Wueßling charakterisiert dann ganz ungeschminkt den
großenwahn-sinnigen Gottesgnadenmonarchen Friedrich Wil-
helm IV. durch die Briefe dieses Preußenkönigs an Bunsen
— durch Briefe, in denen die demokratische Kaiserkrone des
Jahres 1849 als „imaginärer Keil, aus Dreck und Leuten
gebildet“, begeistert wird und die mit den berüchtigten Wor-
ten schließt: „Zum Abschied die Wahrheit: gegen Demo-
kraten helfen nur Soldaten.“ Ein überhebender mono-
archischer Kraftspruch, der noch in den orientalistischen Reden
Wilhelms II. nachtönt. „Als er“ (Wilhelm II.), so schreibt
Wueßling, „nach mehr als einem Jahrzehnt zum erstenmal
wieder im Hochsommer 1917 mit Parlamentariern zusam-
menkam, um die Einigkeit von Regierung und Majorität
des Volkes auch nach außen hin zu dokumentieren, hatte er
so wenig staatsmännisches Gefühl für die Machtverhältnisse
und den wirklichen Zeitgeist, daß er ein Gespräch, das er

*) Dr. Fritz Wueßling: Geschichte des deutschen Volkes vom
Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Geb.
50 Mk. Verlag Franz Schneider. Berlin SW. 11, Leipzig, Wien
und Basel.

Einsatz begehren. Als der Pöbher ahnungslos die Tür öffnet,
stellen sich ihm drei verumtete Gestalten mit vorgehaltenem Re-
volver und den Ruf: „Hände hoch“ und „Das Geld oder das
Leben“ entgegen. Der überfallene besaß doch noch die Gistee-
gegenwart, die Banditen in das Zimmer, wo zufällig drei von
ihm beherrschte Soldaten nächtigen und in dem das Geld ange-
bracht in einer Truhe versteckt sein sollte, zu verweisen. Nachdem
sie ihn nun gefesselt haben, führen sie in das Zimmer, um die
Dokumente zu holen. Kaum sind die Einbrecher im Zimmer,
werden sie von den Soldaten getötet. Wer aber beschreibe das
Getauene, als man den Toten die Masken abnimmt und in ihnen
— den Amstichter, den Notar und den Sekretär erkennt, die die
Beschreibung vorgenommen haben.

Ein merkwürdiger Tod. Ein Schweizer Hotelbesitzer ist durch
einen merkwürdigen Unfall ums Leben gekommen. Er stand vor
seinem Hotel und leitete die Arbeiten zur Beiseitigung von Schnee
und Eis, als ihm ein gewaltiger Eisappler auf den Kopf fiel. Der
Eisappler war so schwer, daß der Hotelbesitzer mit eingeschlagenem
Schädel zusammenbrach und starb.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Des Meeres und der Liebe Wellen“. Trauerspiel von Franz
Grillparzer.

Als Dramatiker ist Grillparzer heute (50 Jahre nach seinem
Tode) noch ebenso unfruchtbar, wie zu Lebzeiten, als Saphir seine
Werke heruntertrieb. Manche Literaturhistoriker stellen ihn dicht
hinter Goethe und Schiller; andere lehnen ihn als Epigonen
ganz ab. Die Zeit scheint sich aber doch für ihn zu entscheiden;
noch gehört er zu dem festen Bestand der deutschen Bühne.

„Des Meeres und der Liebe Wellen“ ist kein hünenwirt-
samstes Stück; nach anfänglichen Mißerfolgen geht es seit 80
Jahren immer neuen Anflügen findend über die Bretter. Die
Entwicklung der Charaktere ist seine stärkste Seite; einfach und
gradlinig treibt die Handlung drängend zur Spitze. Weßen auch
die ersten Akte einige Krügen auf, so schürzen sich doch bald dra-
matische Höhepunkte, die neben Hebbel bestehen können. Leider

mit dem Hinweis auf die neuen deutschen Siege über das
bürgerlich-konstitutionell gewordene Rußland Kerenski
mit der Drohung schloß, wo die Garde hinkommt, da sei es
vorbei mit der Demokratie. Dieses Legitimitäts- und feu-
dale Standesgefühl verwickelte auch ein neues Bündnis mit
Rußland, das nach 1890 nur über Paris möglich war. Da
wurde ebenso verächtlich aus kaiserlichem Munde Frankreich
zur „Republik elender Zivilisten“ gestempelt, der Präsident
Fallieres als „unser Kollege, der Holzhauer Fallieres“ ver-
spottet. Wilhelm II. fuhr dann fort — die Worte waren
an den Zaren Nikolaus II. gerichtet —: „Die Wraße, mit der
die Franzosen von den Engländern immer wieder eingefa-
ngens werden, ist: gemeinsam die Interessen des Liberalis-
mus in der Welt aufrechtzuerhalten und in anderen Ländern
zu fördern, d. h. Revolution in ganz Europa großzuziehen
und zu unterstützen, besonders in Ländern, die glücklicher-
weise noch nicht unter der abholten Herrschaft jener verurteil-
ten Parlamente stehen.“

Es ist hervorsteckender Zug des Wueßling'schen Ge-
schichtswerkes, offen und ehrlich von der verhängnisvollen
Rolle der deutschen Dynastien auf die Geschichte Deutschlands
zu reden. Die Regelung des polnischen und elsaß-lothringi-
schen Problems scheiterte, wie er eindringlich betont, „an
der unpatriotischen Dynasteneifersucht“.

Im allgemeinen legt Dr. Wueßling wahrheitsmutig die
Achillesferse der staatspolitischen Säußungen Bismarcks
bloß. Er bricht den Stab über die Bismarcksche Blut- und
Eisenpolitik des Jahres 1866, wenn er schreibt: „Gefügt
falte also Preußen mit seiner monarchisch-militärischen
Verfassung auf Kosten der Einheit der Nation, auf Kosten
der Erziehung zur politischen Verantwortung der bürger-
lichen und proletarischen Schichten.“ Wueßling legt den Be-
ginn des „Leidenswegs nach Compiegne und Versailles“ mit
Recht in die Jahre 1862 bis 1866. Er kennzeichnet die
Reichsverfassung des Jahres 1871 als eine Wiederholung
der Bundesverfassung von 1866, und er fällt dieses harte
Urteil über die preußisch-deutsche Reichsverfassung: „Nicht
ein deutsches Deutschland, wie es schon die Majorität der
Paulskirche fast durchgesetzt hatte, sondern ein preußisch-
deutsches schmerzliches Zwitwerggebilde war geschaffen, eine
politische Organisation, innerhalb derer die Nation sich
nicht zu einem politisch reifen Staatswerk entwickeln konnte.“
Das deutsche Reich ist aber nicht aus Willensimpulsen der
Volksvertreter, sondern aus den schacherischen „Bereinbarun-
gen“ der Fürsten hervorgegangen. Habgieriges dynastisches
Machinteresse hat vielfach das nationale Interesse auf das
Schwerste und Unheilvollste verkehrt. Selbst in die Inneren:
Elsaß-Lothringens 1871 spielt dynastische Raßsucht böse hin-
ein. Die Dynastie Wittelsbach hatte einen gar zu großen
Heißhunger auf badisch-pfälzisches Land und wollte Baden
auf elsaß-lothringischen Erwerb vertrusten. Elsaß-Loth-
ringens ist aber, wie das Karl Marx vorausgesehen hatte,
zur letzten Ursache der russisch-französischen Verbrüderung
und zum suchtbaren Zündstoff des großen Weltbrandes
1914 geworden. Gegen die Annexion Elsaß-Lothringens
erhoben sich geschlossen beide Fraktionen der deutschen So-
zialdemokratie, und angefaßt dieser Haltung erkennt Dr.
Wueßling gerecht an, daß sich die Sozialdemokraten als „Trä-
ger zukünftiger politischer Ideen“ erwiesen haben. Diese
Anerkennung läßt manches schiefse Urteil vergessen, das die-
ser Historiker sonst über die deutsche Sozialdemokratie fällt.

Erst auf dem Wege zu neuen Zielen befindet
sich Dr. Wueßling. Das sich in der sozialistischen Bewegung
auswirkende Kulturmoment hat seine Seele nicht voll er-
griffen. Der „Gott“, den, um mit Unden zu reden, Lassalle
der austretenden deutschen Arbeiter-schaft in seinem „Ar-
beiterprogramm gab, hat zu ihm nicht gesprochen. Mancher
noch in alten Farben schimmernde Vorhang verberg das
Heiligum einer neuen Zeit vor ihm. Es erinnert an die
verblühene „Herlichkeit“ der kaiserlich-bismarckschen Zivili-
sation, wenn er den „Heros“ dieser Zeit, den eisernen Kanzler
als „politisches Vorbild“, als „Meister der außenpoliti-
schen Sicherung“ feiert. Diesen Bismarck, der seine Hand
den Annexionspolitikern in der elsaß-lothringischen Frage
lieh!

Professor Walter Goeß-Weipzig hat jüngst das Wueß-
ling'sche Geschichtswerk ein „ideales Erziehungsmittel“ für
das große Publikum, für Lehrer und Studenten genannt.
Im bürgerlichen Publikum erfüllt es sicher eine große Auf-
gabe, wenn es ihm den wirklichen Charakter des alten preu-
ßisch-deutschen Militärfürstentums enthüllt und die Wahr-
heit aufschließt, daß „unser Leidensweg nach Compiegne
und Versailles“ bereits in den Jahren 1862 bis 1866 begann.

ift im letzten Akt die Szene an der Nahte viel zu breit, deshalb
teilweise fade. Grillparzer entfacht nur selten die unerlöliche
dramatische Glut seines Zeitgenossen Hebbel; seine spätere Mensch-
lichkeit gibt ihm trotzdem oft bessere Wirkung.

Die Aufführung war stellenweise trocken, im ganzen be-
friedigend; der Tempelfeier fehlte jede große und erhabene Wir-
kung. Die Hero der K i t t y S i e n g e l war eine große Leistung.
Aber — es fehlte etwas, begründet vielleicht in der Entwicklung
dieser jungen Künstlerin. Talent führt von Erfolg zu Erfolg;
aber leicht auch zur Manier, und dann sehr leicht in ebener Kurve
zur Verflachung. Nur könbige Selbstkritik, Verinnerlichung des
Spiels führen wirklich aufwärts. Es ist an der Zeit, daß die
Stengel, nicht zufrieden mit dem angeborenen Können, sich in die
harte Gessellschaft nimmt, ohne die moderne große Bühnenkunst un-
denkbar ist. Sie muß zu eigenem Spiel, zu überlegener Führung
kommen; selbst wenn in anfänglichen Versuchen ihre jegliche klare
Lirne etwas darunter litte.

Wielleicht äußerlich weniger bestehend, in innerer Auffassung
und Herabsetzung als eine Glanzleistung gab Norbert
Schiller den Leander. Niemals hat Schiller seine lühende
Kunst so eindringlich und echt gezeigt, wie hier. Ein Künstler
von Gottes Gnaden, ohne jede Manier, mit guten und schlechten
Tagen deshalb, wird er seinen Weg machen. Mag noch manches
an seinem Leander abzurunden sein — der Dichter selbst hat ihn
nicht ganz geklärt — er ist trotzdem echt und eigen.

Auf die übrigen Mitwirkenden kann ich nur noch kurz ein-
gehen. Karl Heinz Stein gab einen wirkungsvollen Nau-
keros; der Oberpriester vor Karl Pündler war zu sehr Scha-
flore, die Janette der Nora Hof zu eckig. Friedrich Jan-
sen zeichnete einen guten Tempelfeier, Eduard Kubat und
Ella Beth Thiel (Clara) stellten sich gut in den Gesamt-
rahmen.

Die Szenerie war nicht durchweg geschmackvoll.
„Carmen“. Oper in vier Akten von Bizet, ge-
am Sonntag vorabfertig vorbereitet und neuinszeniert v.
ausverkauft Haus in Szene. Die reichen Säußungen der
orientalen Musik brachte das Orchester unter Meister Mann-
neds lebendiger Führung vorzüglich zur Geltung, während
Der Direktor v. Bongardt recht wirksame Bühnenbilder ge-

hoffen hatte, die in mancher Hinsicht als eine Verbesserung gegen früher anzusehen waren. Die ganze Aufführung zeugte von Leben und Verständnis für das Werk, sowie von Fleiß und Können der meisten Beteiligten. Daß die Wesseler sich ohne die eigentlich dazu gehörigen Massen abwickeln müssen, nimmt ihnen einen Teil des sonst mächtigen Eindruckes, aber man wird sich damit abfinden müssen, daß wir nicht alles haben können. Als Carmen bot Frä. Kehrbaach eine hochbedeutende Leistung. Wenn diese Partie der männerverbrauchenden Zigeunerin vielleicht ihrem eigentlichen Naturell nicht einmal immer besonders liegen mag, so hat die Künstlerin sich doch in sie bestens hineingelebt. Sie mit frisch zugreifendem Temperament sicher gestaltet und gefanglich, unterstützt durch ihr klangvolles Organ, in tüchtiger Weise wiedergegeben. Herr Missa aus Kiel sang für den unglücklichen Herrn Deimberg den Jodel mit nicht blendendem aber doch leicht ansprechendem Tenor und charakteristischer auch im Spiel den unglücklichen Liebhaber burlesk aus. Wirkungsvoll gab Herr Liszewski dem Stiefknecht Gecamillo, Heblisch und mit Wärme Frä. W. u. die Micaela. Verdienstlich betätigten sich weiter die Damen Buchholz und Gander. Man n. d. t. als Zigeunerinnen. Deutlich Jungta und einige andere waren etwas indisponiert. Daß der Chor alle berechtigten Ansprüche erfüllte, kann man leider nicht sagen, es fehlt ihm aber an dem nötigen männlichen Stimmaterial. Die Vorstellung wurde mit überaus starkem Beifall aufgenommen.

Sprechsaal.

(Alle den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion. Für den Publikums gegenüber keine Verantwortung.)

Zur Ansichtfrage.

Die Nr. 9 der Schwarzen-Rosenfelder Zeitung (Nachrichten für das Fürstentum Lübeck) brachte eine anonyme Zuschrift „Zur Vereinfachungsfrage“. Zunächst muß ich bedauern, daß dieser „Kritikus“ nicht etwam den Mut aufweist, seinen Namen unter den Artikel zu setzen. Nun zu dem Artikel selbst. Daß Oldenburg recht gute Finanzen hat, ist sicher! Aber mit dem Freistaat Oldenburg haben wir Provinzierer ja am wenigsten zu tun, da die Provinz Lübeck finanziell selbständig ist. Die agrarische Mehrheit im Landesauschuss hat die Herde noch kein Verständnis für den arbeitstüchtigen Elben der Provinz gezeigt. Man hat die Tausende von Arbeitern und Beamten hier nach allen Kräften benach-

teiligt. Sei es in Kostensarbeiten (Chausseebauten) usw. Man hat das Augenmerk nur auf den Norden der Provinz gerichtet, von dem man hofft, daß er bei der selbstverständlichen Abstimmung, die nach der Reichsverfassung unbedingt erfolgen wird, für Oldenburg erhalten bleiben möge. Was treibt die Kopf- und Handarbeiter der lübbischen Provinz zu Lübeck? Der Industriestaat Lübeck hält seine Pforten offen für die Bevölkerung der Provinz. Tausenden von Hand- und Kopfarbeitern wird Arbeit gewährt, die sonst unbedingt in der Provinz Lübeck am Hungergeheiß nagen müßten. Das Lübecker Arbeitsamt stellt der Provinzler genau so in Arbeit wie den ansässigen Städler. In den vergangenen Jahren hatte Lübeck eine große Anzahl von Erwerbslosen aufzuweisen. Jedoch Lübeck legte sich eine Millionenlast auf und die vom „Kritikus“ erwähnte polstijch radikalisierte Bürgererschaft bewilligte anstandslos diese Millionen Erwerbslosen! Also sie machte von dem „radikalen Recht“ keinen Gebrauch, sie setzte nicht tausende von Arbeitern und Beamten auf das Straßenspfaster, um zuerst ihren Lübecker Staatsangehörigen Brot und Arbeit zu geben. Sie hatte Verständnis für den Süden der Provinz, von dem sie erwartet, daß er Lübeck bei der Abstimmung sucht und findet. Die aufgeregte Arbeiter- und Beamtenerschaft wird ihre Stimme reiflos für Lübeck abgeben. Denn wie sind mit Lübeck wirtschaftlich so eng verbunden, wie der hilflose Säugling mit der Mutter! — Was bietet die Regierung unserer Provinz für die hiesigen erwähnten Staatsbürger? Wer von den Arbeitern und Beamten hier in Lohn und Brot gebracht werden kann, ist ein Glückspilz! Man zahlt bei Chausseebauten (produktive Arbeit) ufm. Löhne, für die ein Arbeiter nicht einmal die Schaufel fuhren, geschweige denn eine Familie ernähren kann. Für ältere Arbeiter ist die einzige Beschäftigung: 3 Monate im Sommer Lohnarbeit. Also, man läßt die Ärmsten der Armen, gelinde gesagt, auf der Straße verkommen, ihre Familien verelenden! Man legt Versammlungen der Erwerbslosenfürsorge-Kommissionen an, in denen behäbige Großgrundbesitzer beschließen, Leute, die nach nie eine Ahnung von Arbeitslosigkeit gehabt haben, geschweige denn mit der Not laoträftiger Erwerbslosen vertraut sind, daß die Erwerbslosenunterstützung seit dem 16. Januar 1922 gekürzt wird für alle, die seit 1919 26 Wochen Unterstützung erhielten!!! Man zwingt den Vater, der sage und schreibe pro Woche 200 Mark verdient, seine Angehörigen bis inkl. 21 Jahre zu unterstützen! Man legt die Verflüchtigung so mit den Fingern des Gesetzes aus, daß mit aller „radikalen agrarischen Macht“ die Ärmsten der Armen zur Verzweiflung getrieben werden. Man sorgt aber nicht für notwendige Maßnahmen auf anderen Gebieten. Man schafft keine ansehnliche Arbeit, um die hiesigen Erwähnten als gleichwertige Staatsbürger in die Gemeinschaft der Menschen wieder einzuführen! Von derartigen

Maßnahmen hat der Staat und die Bevölkerung den Schaden. Glauben Sie, mein lieber „Kritikus“, daß Lübeck auch in diesen Krisenzeiten marschiert? — Ich nicht! — Daß heute noch der Freistaat Oldenburg eine Verwaltung hat, die dem Ideal einer Demokratie so ziemlich nahe kommt, ist sicher, aber lediglich nur für die Interessen des Freistaates, Herr Kritikus! Die Demokratie der Günter Regierung steht wohl unter schwarz-weißer Flagge! Ich habe bis heute noch keinen freibürgerlich-demokratischen Hauch von ihr vernommen. Am meisten Sorge scheint dem Kritikus aber die sozialistische Mehrheit der Lübecker Bürgererschaft zu machen. Ihren Hauch abzuschmecken wird der Kritikus jedoch nicht imstande sein. Auf Krankenhäuser, Schulen, Theater, Turnhallen, Sportplätze usw. brauche ich Sie wohl nicht hinzuweisen. Nur werden Sie auch vielleicht verstehen, weshalb es noch tausende von Menschen gibt, die bei der Abstimmung mit dem Zuge „Lübeck“ fahren werden! Ich für meine Person sage mit mehr lieber „Kritikus“: Hinweg mit den Staatsgrenzen innerhalb unseres Vaterlandes! Nur ein Land innerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle und das heißt: „Deutschland“! Herm. Baetan, Bad Schwartau.

Geschäftliches.

Die Grippe, die schon jahrelang Europa mit ziemlicher Regelmäßigkeit in den Wintermonaten heimjucht und den Charakter einer Epidemie annimmt, tritt auch in diesem Jahre in Deutschland wieder in ungewöhnlicher Stärke auf. Vielen Menschen ist die Gefahr der Grippe und ihrer Folgezustände nicht bekannt. Der beste Schutz gegen diese Krankheit, die sich sehr oft bei latenter, schon Erkrankter bemerkbar macht, besteht wie in allen solchen Fällen durch rechtzeitige Vorbeugung. Als Heilmittel, die sich bei Erkrankungen genannter Art besonders wirksam zeigen, sind die von ärztlicher Seite anerkannten Emser Brunnen- und Quellenprodukte (Pastillen und Salz) zu erwähnen. Besonders zur jetzigen Zeit sind genannte Mittel bei regelmäßigem Gebrauch nach ärztlichen Erfahrungen erfolgreich. Druckschriften über die Emser Heilmittel kostenlos durch die Bade- und Brunnendirektion, Bad Ems.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 4.

Verordnung über die Bildung des Finanzgerichts im Bezirke des Landesfinanzamts Mecklenburg-Lübeck.

Vom 31. Dezember 1921.
Auf Grund der §§ 3 bis 5 der Verordnung über die Bildung des Finanzgerichts vom 5. August 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 1241) wird mit Genehmigung des Reichsministers der Finanzen für den Bezirk des Landesfinanzamts Mecklenburg-Lübeck folgendes verordnet:

1. Dem Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck wird ein Finanzgericht angegliedert.
2. Bei dem Finanzgericht werden drei Kammern errichtet. Sitz der 1. und 2. Kammer ist Schwerin, Sitz der 3. Kammer ist Lübeck.
3. Die Gesamtzahl der für das Finanzgericht zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter beträgt zwanzig.
4. Wahlberechtigt sind:
 1. der Landtag von Mecklenburg-Schwerin, der Landtag von Mecklenburg-Strelitz, der Senat in Lübeck, die Bürgerchaft in Lübeck, der Landesausschuss des oldenburgischen Landesteils Lübeck, der Amtsausschuss des ehemaligen Fürstentums Rügenburg;
 2. die Handelskammer in Rostock und Lübeck, die Landwirtschaftskammer in Schwerin, die Gewerkekammer in Lübeck, die Mecklenburg-Schwerinische Landwirtschaftskammer in Rostock, die Mecklenburg-Strelitzische Landwirtschaftskammer, die Landwirtschaftskammer in Lübeck, die Landwirtschaftskammer des oldenburgischen Landesteils Lübeck in Gültin, die Landwirtschaftskammer für das ehemalige Fürstentum Rügenburg, die Bezirksarbeiterräte;
 3. von der Gesamtzahl der ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter (§ 3) entfallen:
 1. auf den Landtag von Mecklenburg-Schwerin 12
 - den Landtag von Mecklenburg-Strelitz 3
 - den Senat in Lübeck 2
 - die Bürgerchaft in Lübeck 2
 - den Landesausschuss des oldenburgischen Landesteils Lübeck 3
 - den Amtsausschuss des ehemaligen Fürstentums Rügenburg 2
 2. auf die Handelskammer in Rostock 2
 - die Handelskammer in Lübeck 3
 - die Landwirtschaftskammer in Schwerin 2
 - die Landwirtschaftskammer in Lübeck 2
 - die Mecklenburg-Schwerinische Landwirtschaftskammer 3
 - die Mecklenburg-Strelitzische Landwirtschaftskammer 2
 - die Landwirtschaftskammer in Gültin 1
 - die Landwirtschaftskammer für Rügenburg 1
 - die Bezirksarbeiterräte 9

§ 7. Die ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter werden zum ersten Mal für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1928 gewählt.
§ 8. Der Wahlorganen (§ 4) werden Auforderungen zur Wahl nach dem beigefügten Muster angeht.
Die Wahlen sind bis zum 1. Februar 1922 vorzunehmen; das Ergebnis ist dem Präsidenten des Landesfinanzamts bis zum 15. Februar 1922 mitzuteilen.
§ 9. Das Finanzgericht ist mit dem 1. April 1922 als eingerichtet anzusehen.
Schwerin i. M., den 31. Dezember 1921.
Der Präsident
des Landesfinanzamts Mecklenburg-Lübeck.
(Lorenz).

Der Präsident des Landesfinanzamts.
Schwerin i. M., den 1922.

Aufforderung zur Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter für das dem Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck angegliederte Finanzgericht.
Auf Grund der Verordnung über die Bildung des Finanzgerichts vom 5. August 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 1241) und der Verordnung über die Bildung des Finanzgerichts im Bezirke des Landesfinanzamts Mecklenburg-Lübeck vom 31. Dezember 1921, von der ein Abdruck beigefügt ist, wird die aufgefordert, die Wahl der auf sie in Gemeinschaft mit entfallenden ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter bis zum vorzunehmen. — Gleichzeitig § 5. Absatz 2 der Verordnung vom 31. Dezember 1921 weitere ehrenamtliche Mitglieder und Vertreter für die Bezirksarbeiterräte vorläufig von dort zu wählen; diese Mitglieder und Vertreter sind dem Stande der Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsrätegesetzes zu entnehmen.
Bei der Wahl sind die Bestimmungen zu beobachten, die nach der Geschäftsordnung — dem Statut — für die Wahl innerhalb des Wahlorgans gelten. Sind für die Wahl innerhalb des Wahlorgans verschiedene Wahlverfahren vorgesehen, so bestimmt das Wahlorgan, welches Verfahren Platz greift.
Die Wahl ist so zu gestalten, daß jedes ehrenamtliche Mitglied durch die Wahl zugleich Vertreter aller anderen ehrenamtlichen Mitglieder des Finanzgerichts wird.
Gemäß § 7 der Verordnung über die Bildung des Finanzgerichts vom 5. August 1921 schlage ich für die Wahl die nachfolgenden Personen vor:
a) für die vorläufigen Wahlen gemäß § 4 der Verordnung vom 5. August 1921
Eine Berücksichtigung zur Wahl dieser vorgeschlagenen Personen besteht nicht.
Die ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter sind für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1928 zu wählen.
Wahlbar sind Deutsche, die mehr als 25 Jahre alt sind, mindestens seit einem Jahre im Gerichtsbezirke wohnen und direkte Steuern zahlen. Den übrigen gelten wegen der Wahlbarkeit und der Ablehnung der Wahl gemäß der Vorschriften, die nach dem Gerichtsverfassungsgesetz für Schöffen gelten.
In dem Maße, wie außer den im Gerichtsverfassungsgesetz genannten Personen ferner nicht berufen werden, wer wegen Steuerhinterziehung oder Betrugung der Schenkung (§ 578 der Reichsabgabenordnung) bestraft ist. (§ 16 Abs. 2 bis 4 der Reichsabgabenordnung, §§ 32, 33, Nr. 3 bis 5, §§ 34, 35, 52 des Gerichtsverfassungsgesetzes).
Die Wahl ist bis zum 1. Februar 1922 vorzunehmen; Namen, Stand und genaue Adressen der gewählten Mitglieder und Vertreter nebst Abschrift des Wahlprotokolls sind bis zum 15. Februar 1922 dem Präsidenten des Landesfinanzamts mitzuteilen.
Die gewählten Mitglieder und Vertreter werden vom Vorsitzenden des Finanzgerichts unmittelbar ernannt. (12212)

Zu sofort gesucht für alle vorkommenden Ziegeleireparaturen durchaus selbständig arbeitender

Schmied. Ziegelei Buntkuh.

12206
Verfügtägiger Herr sucht zu sofort oder später einfach möbl. Zimmer, Nähe Mühlent. erwünscht. Anna, unt. B S a. d. Exp. (12217)

Ein guterb. 5-Radrad zu verk. Zu besichtigen abends von 6 Uhr an Morfertstr. 20, III. r. (12205)

Zu verk. ein guterb. Kinderwagen a. Gummi. Sächling, Sächlingstr. 12211

Ein Wolfshund entlauf. (12209) Abz. Snaelsstr. 59, II.

15 Schlachtweine zu verk. Augustenstr. 27 a.

Tennishefe a. Kauf. gel. Ang. u. H. 32 a. d. Exped. 12207

S. f. n. Blättchen m. Rohr b. i. v. Pölows 9, II. (12219)

H. v. D. Maske, v. 15. a. d. v. d. Klappenstr. 14 a. 12209

ECHTE Walthorius Hiesong - Essenz
m. feinst. Arom. dest. und Zer. von 8th. Gel. 12 fl. Mk. 50.-, bei 24 fl. Mk. 100.- fr. u. inkl. Herst. Lab. E. Walthor, Halle S.-Trotha 149. (12207)

Siedlung und Kleingarten.

Vierseitige Zeitung in Kupferstiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur sechszig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Die höchsten Tagespreise für
**Lumpen, Eisen, Metalle,
Papier, Felle usw.**
erhalten Sie bei

Selig L. Cohn,
Wahlstraße 62. Telefon 2153.

F

ür Geburtstags- und Verlobungs-Geschenke eignen sich unsere in verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkassetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefarten mit Umschlägen, Notizbüchlein in Wattpapier, Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.